

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

181 (7.8.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 S ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S, Samstags 15 S. — Anzeigen: die einspaltige Kolonelleiste 20 S, auswärts 25 S, Reklamen 80 S. Annahmefrist 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Mittags. Geschäftsstelle: Karlsruherstr. 24. Fernsprecher: 461. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag: der Verlagsdruckerei Volkstfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Optantenelend und deutschnationale Hezke

Protest des Reichstages gegen Polen — Erklärungen des Außenministers — Scharfe Zurückweisung der deutschnationalen Hezke gegen den preußischen Innenminister

Berlin, 6. Aug. Im Reichstag wurden am Donnerstags die deutschnationalen und kommunistischen Interpellationen über die polnischen Ausweisungen und Zustände im Optantenlager in Schneidemühl verhandelt. Die Rede des deutschnationalen Abg. von K a d e l l war eine Ueberrassung. Während die deutschnationale Presse tagelang in wilder Weise gehetzt hatte, begann der deutschnationale Redner seinen Vortrag mit der Bemerkung, daß er gerade nicht parteipolitisch ausschlagen wolle. Vielleicht trug zu seiner Zurückhaltung bei, daß der preußische Minister des Innern auf der Bundesratsbank saß und in der Lage gewesen wäre, im Hause eine deutschnationale Hezke sofort zurückzuweisen. Sogar die Rede v. K a d e l l war sehr inhaltslos und bestand nur in wenigen Fragen an die Reichsregierung. Nach einer Rede des kommunistischen Abg. R a d e l beantragte der Reichsaußenminister Stresemann die Interpellation seiner Rede. Sie war eine scharfe Zurückweisung der deutschnationalen Angriffe auf den preußischen Innenminister und den sozialdemokratischen Geandten Bauer aus Warschau. Man merkte Herrn Stresemann die Erregung über das Verhalten der deutschnationalen an. Er machte ihnen klar, daß die richtige nationale Politik gewesen sei, in diesen Tagen auf die polnische Brutalität hinzuweisen und nicht an Nebenbedingungen herumzujodeln und Schuld zu suchen, wo keine vorhanden gewesen wäre. Es war richtig, daß der preußische Innenminister, nach dieser Stresemannschen Rede, die auch auf den Vätern der Sozialdemokratie teilweise lebhaft Zustimmung fand, es nicht mehr für geboten hielt, selbst noch das Wort zu nehmen. Eine Rede des völkischen Abg. K u g e l wurde außer seiner Fraktion nur mit Gelächter aufgenommen.

Von der Sozialdemokratie sprach der Abg. N o w a k, der den preußischen Innenminister nach Schneidemühl begleitet hatte und somit aus eigener Anschauung das Unberechtigte der deutschnationalen Angriffe schildern konnte und später noch der völkischen Abg. G r a f e über in seiner ruhigen und geistvollen Art der deutschnationalen Partei den Rest gab.

Als der Reichstag die Tagesordnung festsetzte, schlug Vizepräsident Nieber vor, als ersten Punkt auf die heutige Tagesordnung die Steuer vorlage und als zweiten Punkt die zweite Beratung der Sozialvorsorge zu setzen. Der Abg. M i l l e r-Franken (Soz.) protestierte gegen diese Festsetzung der Tagesordnung, da der Vorberichter vereinbart worden war, die Zollvorlage am Samstag auf die Tagesordnung zu setzen. Müller-Franken stellte den Gegenantrag, heute nach der dritten Beratung der Steuer vorlage die M n e s t i e v o r l a g e zu erledigen, während der völkische Abg. G r a f e sich dagegen aussprach. Als abgestimmt wurde, entschied sich die Mehrheit für den Vorschlag des Vizepräsidenten. — Um 9 Uhr abends vertagte sich das Haus.

Sitzungsbericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Seebe dem Hause mit, daß anstelle des verstorbenen kommunistischen Abg. Eichhorn der Abg. N i e d e r in die kommunistische Reichstagsfraktion eingetreten sei.

Dann tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation zur Optantenfrage ein.

Abg. Dr. v. K a d e l l (D.N.) bearbeitet die deutschnationale Interpellation betr. Ausweisung Deutscher aus Polen. Er fordert den Reichstag auf, in der Optantenfrage einmal einmütig zusammenzutreten und zu unteruchen, wie es zu den schmachvollen Zuständen in Schneidemühl gekommen sei, um schmachvolle Wiederholung dieser Zustände zu verhüten. Die deutschnationale Interpellation fragt die Regierung, was sie getan habe, um zu verhindern, daß die polnische Regierung in den letzten Tagen mehr als 30 000 Deutsche von Haus und Hof vertreiben habe.

Ferner wird gefragt, was die Regierung getan habe, um die Rechte vor dem bittersten Elend zu bewahren und was die Regierung zu tun gedachte, um gegebenenfalls unter Anwendung von Verordnungsmaßnahmen die deutschen Einwohner Polens in Zukunft zu schützen. Die Regierung soll erklären, ob sie die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die polnische Regierung ihrer Verpflichtung, den Optanten den Vertritt nach Deutschland zu erleichtern, nachkommen sei. Die polnische Regierung habe sich mittelalterliche Anschauungen aufschanden kommen lassen. Bei weiten Kreisen habe es Betrüben erregt, daß der deutsche Gesandte in Warschau gerade in dieser Zeit auf Urlaub gegangen sei. (Zustimmung rechts.) Die Verantwortlichkeit und die Zuständigkeitsverhältnisse für die Vorgänge in Schneidemühl dürften nicht verschoben werden. Der preußische Innenminister dürften nicht verantwortlich für die Vorkommnisse sein, werde wohl die verantwortlichen Beamten bezeichnen können. Die Vorkehrungen für den Optantenempfang in Schneidemühl seien in unwürdiger Weise unzureichend gewesen. (Sehr richtig rechts.) An den Reichs-

innenminister müsse die Frage gerichtet werden, ob er genügend Mittel zur Verfügung gestellt habe. Der Zweck der vorliegenden Interpellation sei, daß anstelle schöner Worte Taten für die Optanten treten möchten. (Beifall rechts.)

Abg. K a d e l l (D.N.) bearbeitet die Interpellation seiner Fraktion, in der die Regierung aufgefordert wird, unverzüglich Maßnahmen zur Linderung der Flüchtlingsnot zu treffen. Die Verantwortung für die Vorgänge in Schneidemühl trage in erster Linie die Reichsregierung und damit die hinter ihr stehenden Parteien. Der Redner fragt, ob es dem Außenminister Stresemann nicht bekannt sei, daß die polnische Regierung schon seit langem Vorbereitungen zur Aufnahme der polnischen Rückwanderer getroffen habe. Die Reichsregierung habe das nicht getan, aber von Ueberrassungen gesprochen. (Hört, hört links.)

Reichsaußenminister Dr. Stresemann weist den Vorwurf zurück, daß der deutsche Gesandte in Warschau, K a u f m a n n, in dieser wichtigen Zeit in Urlaub gegangen sei. Kaufmänn sei erst in Urlaub gegangen, als alle seine Bemühungen in der Optantenfrage bei der polnischen Regierung ergebnislos verlaufen waren und es sich nicht mehr mit der Würde des Reiches vereinbaren ließ, weiter zu verhandeln. (Beifall links, Lärm rechts.) Der Redner gibt dann im Namen der Reichsregierung und im Einverständnis mit dem preußischen Ministerium des Innern folgende Erklärung ab: Die deutsche Delegation in Wien hat durch direkte Verhandlungen mit der polnischen Delegation versucht, eine Willkür des Schiedsrichters des Präsidenten, Raedenebeck, herbeizuführen, wonach Deutschland die Abweisung der deutschnationalen Optanten aus Polen dulden müßte. Diese Verhandlungen sind am polnischen Widerstand gescheitert und es ist nur gelungen, eine Erleichterung der Abwanderungsbedingungen zu erreichen. Nach Unterzeichnung des Wiener Abkommens vom 30. August vorigen Jahres hat das auswärtige Amt die deutsche Gesandtschaft in Warschau beauftragt, in dringlicher Form bei der polnischen Regierung um einen Verzicht auf die Ausweisungsbefugnisse der Optanten hinauszutreiben. Diese Bemühungen, die sogar noch im Juli dieses Jahres stattgefunden hätten, jedoch keinen nennenswerten Erfolg. Nicht einmal der Wunsch wurde berücksichtigt, von der Abwanderungspflicht Grotze, Kriegsbeschädigte, Witwen und Waisen auszunehmen. Das Bestreben der Reichsregierung, das Los der beidenseitigen abwanderungspflichtigen Optanten zu mildern oder ihren Kreis einzuschränken, ist also an der starren Haltung der polnischen Regierung gescheitert.

Die Behandlung der Optantenfrage wurde vom Reichsaussenminister des Innern übernommen. Am 1. und am 8. Dezember 1921 fanden Besprechungen mit den beteiligten Stellen des Reiches und Preußens statt. Dabei wurde die Zahl der aus Polen abwanderungspflichtigen auf rund 27 000 angegeben. Mit der Beförderung der Optanten an die deutsche Grenze würden die deutschen Konsulate in Polen und Thorn beauftragt, die mit ihnen organisierten Maßnahmen bereits im Februar begannen. Nach diesen Vorbereitungen konnten schon im Juli 8000 Optanten die Abwanderung antreten, ohne das Durchgangslager in Schneidemühl zu betreten. Das Durchgangslager in Schneidemühl war lediglich für die erste Aufnahme von 5000 Optanten bestimmt, deren rasche Weiterleitung durch die preußischen Vorposten gewährleistet war. Neben dem Wohnungsproblem hat die Frage der Arbeitsbeschaffung eine bedeutsame Rolle gespielt. Zu diesem Zweck war von der Reichsarbeitsverwaltung Mitte April eine Optantenermittlungsstelle eingerichtet worden, deren Leitung einem hervorragenden Sachkennner übertragen wurde. So gelang es, bis zum 4. August d. J. 5761 Personen in Arbeitsstellen unterzubringen. An Mitteln für die Unterbringung sind vom Reich und Preußen insgesamt 65 Millionen Mark bereitgestellt und weitere 5 Millionen für die Unterbringung der zu erwartenden Optanten ausgemessen.

Die Befehle des Laagers hat sich schon auf 5000 vermindert. Die Reichsregierung hat sich zur Rücksichtnahme gemacht, daß dieselbe Behandlung, denen die deutschen Optanten in Polen ausgesetzt sind, auch den polnischen Optanten in Deutschland zuteil werden sollte.

Um die Lage der deutschen Optanten nicht unnötig zu erschweren, würden wir Repressivmaßnahmen solcher Art erst dann ergreifen, wenn Polen zu solchen Maßnahmen voranzuging. (Große Unruhe bei den Völkischen.) Wir haben das größte Interesse an der klaren Feststellung, daß Polen mit Gewaltmaßnahmen voranzuging. (Abg. v. G r a f e, völk.: Ist Polen denn damit noch nicht vorangegangen?) Warten Sie, Herr v. G r a f e, das Ende meiner Erklärung ab. (Unruhe und Enttäuschungsruhe bei den Völkischen.) Demgemäß hat die deutsche Regierung, nachdem die polnische Regierung den deutschen Optanten die Auswanderungsverfügung zu-

stellte, dasselbe den polnischen Optanten gegenüber getan. Heute ist uns berichtet worden, daß die polnischen Behörden den deutschen Optanten, die noch nicht abgereist sind, den Verzicht erteilt haben, innerhalb 48 Stunden Polen zu verlassen. (Hui-Rufe.) Darauf hin haben wir sofort gleiche Maßnahmen gegen die noch in Deutschland befindlichen polnischen Optanten verfaßt.

Dieser Regierungsentscheidung, die ich im Einverständnis mit der preußischen Regierung abzugeben habe, muß ich hinzufügen, den Ausdruck meines außerordentlichen Bedauerns darüber, daß dieselbe innerpolitische Betrachtungen bei der Erörterung dieser Dinge den außenpolitischen vorgezogen worden sind. (Lebhaft Zustimmung rechts.) Die Frage, wer an irgendwelchen Mängeln bei der Unterbringung der Flüchtlinge die Schuld trägt, müßte doch sekundär sein gegenüber dem Vorkaufsrecht, daß 5 Jahre nach dem Kreise 5000 Menschen gemalt aus ihrer Heimat vertrieben werden. Die polnische Regierung beruft sich auf formales Recht bei der Ausweisung. Hier wird das formale Recht das größte Unrecht. Die polnische Regierung neigt in einer Weise vor, die in anderen europäischen Ländern zum Glück nicht üblich ist. Deutschland hat am 10. Januar die ihm durch den Versailler Vertrag genommene handelspolitische Freiheit wiedererwonnen. Von den alliierten Staaten hat keiner irgendwelche Maßnahmen gegen Deutschland wegen der Ausübung dieser Freiheit ergriffen. Polen aber hat mit Einfuhrverboten und mit der Ausweisung der deutschen Optanten den Anfang gemacht.

Der Geist, mit dem Polen vorgeht, ist nicht der Geist der Befriedung Europas, sondern der Geist des Hasses und der Selbsthujat.

(Lebhaft Zustimmung.) Wenn auch wir jetzt als Antwort auf das Vorgehen Polens die polnischen Optanten binnen 48 Stunden ausweisen, so tun wir das nicht mit dem Gefühl der Befriedung, zu solchen Maßnahmen schreiten zu können, sondern mit dem Gefühl der Beschämung darüber, zu solchen Maßnahmen greifen zu müssen. Es ist tief bedauerlich, daß durch den an diese Dinge geknüpften innerpolitischen Streit die Aufmerksamkeit des Auslandes ablenkt wird von dem furchtbaren Unrecht, das jetzt durch Polen dem Geist der Zivilisation angetan worden ist. Unsere Gedanken sind bei den Opfern dieser Gewalt.

Abg. K a d e l l (D.N.): Wir vermessen bei den Deutschnationalen in dieser Frage den Kampfesgeist des Reiches und der deutschnationalen Presse. Polen müßte gemessen werden, die Manieren eines zivilisierten Staates anzunehmen. Der deutsche Gesandte in Warschau Ulrich Kaufmänn habe auch bei dieser Gelegenheit wieder bewiesen, daß er durchaus ungeeignet für die Vertretung in Polen sei. Die Regierung müsse darüber Auskunft geben, ob es richtig ist, daß auf dem Berliner Konferenzstadium tatsächlich viele polnische Juden eingebürgert werden. (Hört, hört rechts.) Die deutsche Regierung müsse endlich gegen Polen die nötigen Vergeltungsmaßnahmen treffen. Der Großgrundbesitzer Graf D y p p e r s d o r f, der sein Deutschtum an Polen verraten habe, hätte längst enteignet werden müssen. Die vielen polnischen Arbeiter, die in deutschen industriellen Werken und auf deutschen Gütern beschäftigt sind, müßten durch Deutsche ersetzt werden. (Beifall und Rufe links: Sagen Sie das den Deutschnationalen.) Der Redner machte zum Schluß dem preußischen Innenminister Severing den Vorwurf, er habe durch Unterlassungsünden die schlechte Unterbringung der deutschen Optanten in Schneidemühl verschuldet.

Abg. N o w a k (Soz.):

Schildert auf Grund eines persönlichen Besuches, daß die Verhältnisse im Schneidemühl Optantenlager durch den Besuch und das tatkräftige Vorgehen des preußischen Innenministers Severing viel Besserung erfahren haben. Die Großgrundbesitzer in der Schneidemühl Umgebung hätten sich leider geweigert, den Optanten das nötige Stroh für ihr Lager zu gewähren. (Hört, hört links.) Die deutschnationale Presse mache sich des schmachlichsten Unrechtes schuldig, wenn sie mit unfähigen Anaraffen gegen den preußischen Innenminister Severing vorgebe, der wirksam und tatkräftig für Hilfe sofort habe. Jetzt sei festgestellt, daß die Zustände im Schneidemühl Lager nicht durch die preußische Regierung, sondern durch die mangelhafte Geldbewilligung der Reichsregierung verschuldet worden sei.

Abg. W a h h o l z (Z.) bedauert, daß die furchtbare Not der Optanten zum Gedenken eines geschlossenen Parteistreiches in der Presse gemacht worden sei. Die Tendenzmaßnahmen dieser Presse hätten nur neues Wasser auf die Mühlen der Polen geschüttet. Man habe hier und da nach deutschen Schuldbürgen geachtet, ohne auf den wahren Schuldigen hinzuweisen. Die Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit der polnischen Politik. (Beifall.) Bei den Vorbereitungen zur Aufnahme und Unterbringung der Optanten hätte man mehr die Organisation der freien Wohlfahrtspflege mit herangezogen sollen.

Abg. Dr. Mittelmann (D.Vp.): Die polnische Gewaltpolitik gegen treue Deutsche sollte eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes sein, nicht eine Angelegenheit des Parteihabers. (Beifall.) Die polnische Politik, das habe kürzlich ein französischer Schriftsteller anerkannt, streue eine Saat des Hasses, die bei den Deutschen dem Bedürfnis nach einer friedlichen Revision der Ostgrenzen immer neue Nahrung gebe. Dabei denke man in der Tat immer wieder an den polnischen Korridor, dem Pfahl im deutschen Fleische. Für die Unterbringung und Unterstützung der deutschen Opatanten müsse alles getan werden, was notwendig ist, und das Siedelungswert für die Opatanten müsse nachdrücklich gefördert werden.

Abg. Dr. Baas (D.) bezeichnet es als einen schlechten Dienst an den unglücklichen Opatanten, wenn ihre Not dazu benutzt werde, nebulöse Angriffe gegen politische Gegner zu richten. Dem arden Anflug der politischen Agitation im Flüchtlingslager müsse schleunigst ein Ende gemacht werden. (Beifall links.) Setzt komme es vor allem darauf an, für die deutschen Opatanten ausreichende Siedelungsmöglichkeiten zu schaffen. Polen sei in die längst überwundenen Methoden Mittelalterlicher Gewaltpolitik zurückzufallen.

Abg. Dr. Bredt (W.G.) hält es nicht für zweckmäßig, in diesem Augenblick Angriffe gegen Reichsbehörden oder preussische Behörden zu richten. Die Hauptfrage müsse jetzt die Hilfe für die Opatanten sein. Nach den unerhörten Akten polnischer Gewaltpolitik gegen Deutsche müsse jetzt verlangt werden, daß die deutsche Regierung rücksichtslos alle die Polen ausweist, die nach Deutschland übergesiedelt sind und die am größten Teil hier als Blutsauger aufgetreten seien. Man solle nicht verneinen, daß unsere Politik nicht im Westen, sondern im Osten liege. Polen sei ein Staat, mit dem man einige Jahre, Rußland aber ein solcher, mit dem man Jahrhunderte rechnen müsse.

Es folgen dann die Schlussworte der Interpellanten. Abg. Schulz (D.) gibt zunächst von einer Entschleunigung Kenntnis, die die Deutschnationalen eingebracht haben. Diese Entschleunigung fordert, daß bei künftigen Ausweisungen großzügigere Vorbehalte getroffen werde, daß besondere Mittel zur Ansiedlung der aus Polen Vertriebenen bereitgestellt werden, daß allen Flüchtlingen aus Polen freie Beförderung dahin gewährt wird, wo sie beschäftigt werden sollen und daß die deutsche Regierung Gegenmaßnahmen gegen das Vorgehen Polens ergreifen müsse. Für die schweren Verhältnisse im Schneidemühl Lager und für die nicht genügenden Vorkehrungen ist verantwortlich das Ministerium, das mit der Vertreibung des Flüchtlingslagers beauftragt worden ist. Der Außenminister hat zu unserer Freude erklärt, daß er nunmehr dieselben Repräsentanten gegen Polen ergreifen werde. Billeit wäre es besser gewesen, etwas früher damit zu beginnen. Der Redner wendet sich dann gegen den sozialdemokratischen Sprecher, der zu unrecht die Ostmarkenpolitik verurteilt und Polen Recht gegeben habe. So etwas sollte man von einer deutschen Tribüne nicht wieder sagen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Hädel (Komm.) meint, die Ausführungen des Außenministers müßten bei den Betriebenen in Schneidemühl verbittern wirken. Man könne als Repräsentant alle Parasiten, auch die polnischen Juden, ausweisen, die produktiven Elemente müsse man aber im Lande behalten. Man dürfe nicht ohne weiteres leben Polen aus Deutschland hinausjagen. Abg. Landsberg (Soz.): Die Sozialdemokraten hätten gewünscht, der deutsche Reichstag hätte sich zusammengesunden zu einem starken Appell an das Weltgewissen. (Gelächter rechts.) Wenn Sie (nach rechts) darüber lachen, beweisen Sie nur, daß Sie kein Gewissen haben. (Lebhafte Zustimmung links.) Es sei wohl richtig, daß es mit einem Male schwer sei, so viele Tausende unterzubringen. Die Frage nach der Schuld solle aber zuerst nicht unterucht werden. Es sei bescheidend, daß in der ganzen Deutschnationalen Presse der Streit um das polnische Vorgehen betrieben worden sei unter dem Vorzeichen, den verhassten preussischen Innenminister zu bekämpfen.

Abg. von Ramin (Völk.): Solche Vorgänge, wie die polnische Ausweisung, seien nichts als die Folge der Erfüllungspolitik, die seit Unterzeichnung des Schandfriedens betrieben werde. Man müsse endlich mal das Steuer herumreißen. (Beifall und Beifall bei den Völkischen.) — Damit schließt die Besprechung der Opatanteninterpellation.

Mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten wird eine interfraktionelle Entschleunigung angenommen, die folgende Fassung hat: Der Reichstag protestiert gegen die von der Regierung der Republik Polen gegen die deutschen Opatanten rücksichtslos verhängte Ausweisung. Er gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß durch eine solche Verletzung unversöhnlicher Menschensrechte dem Frieden der Welt nicht gedient wird. Der Reichstag fordert die Reichsregierung auf, auch weiterhin alle Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um die polnische Regierung von der Fortsetzung einer so verwerflichen Politik fernzuhalten und mit aller Kraft für das Wohl und die Zukunft der vertriebenen Deutschen zu sorgen.

Alle übrigen Anträge werden mit Ausnahme der der Völkischen und Kommunisten zurückgewiesen, die Anträge der letztgenannten Parteien werden abgelehnt. Die von dem Abg. Gildemeister (D.Vp.) eingebrachte Novelle zur Verordnung über die Kraftfahrzeulinien wird ohne Debatte in 2. und 3. Beratung angenommen. Die Novelle zur Verordnung betr. den Verkehr mit Vieh und Fleisch wird gleichfalls debattelos in 2. und 3. Beratung angenommen.

Am 9 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 10 Uhr vorm. Auf der Tagesordnung steht die 3. Beratung der Feuervorsorge, ein Zentrumsantrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Verhältnisse in der Verwaltung des Branntweinmonopols und die 2. Beratung des Zolltarifs.

Der Reichstag protestiert gegen die von der Regierung der Republik Polen gegen die deutschen Opatanten rücksichtslos verhängte Ausweisung. Er gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß durch eine solche Verletzung unversöhnlicher Menschensrechte dem Frieden der Welt nicht gedient wird. Der Reichstag fordert die Reichsregierung auf, auch weiterhin alle Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um die polnische Regierung von der Fortsetzung einer so verwerflichen Politik fernzuhalten und mit aller Kraft für das Wohl und die Zukunft der vertriebenen Deutschen zu sorgen.

Alle übrigen Anträge werden mit Ausnahme der der Völkischen und Kommunisten zurückgewiesen, die Anträge der letztgenannten Parteien werden abgelehnt. Die von dem Abg. Gildemeister (D.Vp.) eingebrachte Novelle zur Verordnung über die Kraftfahrzeulinien wird ohne Debatte in 2. und 3. Beratung angenommen. Die Novelle zur Verordnung betr. den Verkehr mit Vieh und Fleisch wird gleichfalls debattelos in 2. und 3. Beratung angenommen.

Am 9 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 10 Uhr vorm. Auf der Tagesordnung steht die 3. Beratung der Feuervorsorge, ein Zentrumsantrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Verhältnisse in der Verwaltung des Branntweinmonopols und die 2. Beratung des Zolltarifs.

Der Opatantenfrage der Rechtspresse

Als der erste Akt der großen Ausweisungstragödie an der deutsch-polnischen Grenze in Szene ging und die gesamte politische Welt im Ausland mit Spannung und Interesse sich für das Opatantenrauswurfspiel und seine Ursachen zu interessieren begann, brachte es die von allen guten Geistern verlassene deutsche Rechtspresse fertig, eine große Entlastungsoffenbarung zu veranstalten. Und rein parteipolitisch motiviertes Geschrei gegen Sebering verschob für das Ausland völlig den Blickpunkt in der ganzen Frage. Die Hoffnung, daß sich aus den Schwierigkeiten, die infolge des plötzlichen Anstehens des Flüchtlingsstroms in Schneidemühl in den ersten zwei Tagen entzündeten, ein Entrüstungssturm gegen den preussischen Innenminister fabrizieren lassen könnte, raubte dem parteipolitischen Fanatismus der Rechtspresse die We-

simung. Trotz Warnungen der Reichsregierung wurde besinnungs- und hemmungslos gelogen bean. gehebt und dem Ausland die Auffassung, Deutschland und vor allem Preußen behandle die deutschen Opatanten noch schlimmer als Polen, förmlich aufgezwungen. Staatspolitik völlig disziplinos und rasend wie immer, wenn es gilt, der verhassten Republik und ihren Ministern einen Schlag zu versetzen, vergaß die Rechtspresse völlig, daß gerade gegenüber der polnischen Propaganda im Ausland doppelte Vorsicht in der Kritik an den Vorgängen in Schneidemühl notwendig war.

Im Rausch der ersten Freude, das Schneidemühl-Flüchtlingselend parteipolitisch auszuschlachten zu können, hat die deutschnationale Fraktion eine Interpellation über Schneidemühl im Reichstag eingebracht. Die sozialdemokratische Fraktion bestand am Dienstag darauf, daß diese Interpellation so rasch wie möglich beantwortet wird; denn eine rasche Klärung der Frage, wen für die Schneidemühl-Vorkommnisse die Schuld trifft, ist schon aus politischen Gründen erforderlich. Die Deutschnationalen hatten aber plötzlich nicht mehr allzu große Eile mit der Beratung ihrer Interpellation; ihre Sorge um die Opfer ihrer Kriegspolitik verstand von getrennt auf heute. Nur mit Gängen und Würgen einigten sie sich auf eine Besprechung am Donnerstag. Warum auf einmal diese Angst vor der eigenen Courage? Weil sich von Tag zu Tag deutlicher zeigt, daß bei der Klärung der Schuldfrage die Entrüstungskommissionen auf der Rechten einschneiden den Kürzeren ziehen werden. Man wollte Preußen, natürlich das republikanische Preußen, mit Sebering zum Brügelladen machen. Die Reichsregierung — der gute Fridolin, die preussische Regierung Braun-Severing — der böse Dietrich. So war es gedacht — aber es kommt anders.

Es ist neben dem Reichsminister des Innern vor allen Dingen das Auswärtige Amt, das in der Opatantenangelegenheit alles Erforderliche und Mögliche getan haben will. So läßt das Auswärtige Amt mitteilen, daß es mindestens seit vier Monaten über die Zahl der in Frage kommenden deutschen Opatanten unterrichtet war und durch erhebliche Verstärkung des Personal seiner polnischen Vertretung alles getan hat, um eine reibungslose Abwanderung der Opatanten sicherzustellen. Wozu müßten wir die Mächtigkeit dieser Behauptung überhaupt bezweifeln. Aber selbst angenommen, sie ist richtig, warum würde dann durch das Reichsministerium des Innern nicht frühzeitig der preussischen Regierung mitgeteilt, daß zum 1. August mit tausenden von ausgewiesenen Personen zu rechnen ist? Diese Notwendigkeit hat weder Herr Stresemann noch Herr Schiele gekümmert, und so wert das Auswärtige Amt überhaupt Zahlen mitgeteilt hat, erfolgte das ohne die zutreffende Instanz, ohne Herrn Schiele, und gänzlich unvollkommen. Darin liegt die Ursache der anfänglichen Schwierigkeiten in der Verbringung der Opatanten. Weil keine halbwegs genauen Listen angeeignet wurden und weil die deutschen Konsulate in Polen die Opatanten nicht rechtzeitig über den Ernst der Situation aufgeklärt haben, entstand die plötzliche Verärgerung des Flüchtlingsstroms in Schneidemühl.

Warum haben sich übrigens fast 60 Prozent der deutschen Opatanten überhaupt nicht angemeldet? Will Herr Stresemann behaupten, daß hier kein Veräumnis des Auswärtigen Amtes vorliegt. Säfte sein Ministerium frühzeitig auf die Opatanten zur Sicherstellung der Anmeldung eingewirkt, dann wäre den Behörden in Schneidemühl die Arbeit viel leichter gewesen. Der plötzliche, unvorhergesehene Flüchtlingsstrom schaffte natürlich Schwierigkeiten, denen der Oberpräsident Bülow, ein Mann der alten Schule, — ein „Nachmann“ — nicht gewachsen war. Es waren den Behörden von vornherein genügend Geldmittel zur Verfügung gestellt, aber die Herren Bürokraten der alten Schule sind ängstlich und wissen sich in kritischen Fällen fast nie zu helfen. Warum ging, als Sebering nach Schneidemühl kam? Wenn etwas auf der ganzen Linie verlagert hat, dann die beschnittene alte Bürokratie, während ein Außenminister wieder einmal den Karren aus dem Dreck zog.

Was aber kümmert das unsere nationale Presse? Würde sie noch einen Funken Ehrgefühl besitzen, dann müßte sie jetzt den preussischen Innenminister unterfüttern und Einfluß auf ihre Kreise nehmen, damit sowohl in der Beschäftigungsfrage wie in der Wohnungsfrage die Maßnahmen Preußens für die Opatanten unterfüttert werden. Wir sind gewiß, es wird bei der Entrüstung bleiben; denn das war bis auf den heutigen Tag die starke Seite des Besitzes. Die Opfer für arme Volksgenossen hat er immer noch an der n überlassen.

Bolschewistisches Seldentum

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Ihn hat in seinem „Volkseind“ eine köstliche Figur geschaffen, die des Buchdruckerbetriebers Aslaffen. Der Standpunkt dieses Mannes ist: „Fällt einer über die Regierung her, so richtet er nicht den geringsten Schaden an. Deshalb darf man auf dem Gebiete der hohen Politik scharf oppositionell sein. Aber die Lokalbehörden muß man schonen, ja, man muß ihnen den größten Respekt zollen, denn sie können, wenn man sie beschuldigt, gestützt werden zum Schaden der Hausbesitzer und anderer Leute.“

Die Seele des würdigen Aslaffen ist offenbar in die Körper der deutschen kommunistischen Führer gewandert. Auf dem Gebiete der hohen Politik erkennen sie in der Opposition keine Grenze an, selbst die des Anstandes nicht. Die Minister können sich alljährlich schämen, wenn sie aus kommunistischem Munde nur als Einnahmen bezeichnet werden. Herr Bierath hält sich für berechtigt, den ehrwürdigen Professor Kahl, einen Mann von 76 Jahren, einen „furchigen Hund“ zu nennen, Herr Kreuzburg ruft dem Reichstage zu: „Ihr mit Euren verrottenen Köpfen!“, ein Dritter verlangt in einem Zwischenruf das Gesicht des 73jährigen Lehrenden mit einem Knütteln.

Der Präsident, der gegen solche arden Ausschreitungen einschreitet, ist ein Venter. Ueberhaupt muß jeder sich konterrevolutionärer Anschauungen weiden lassen, der der Ansicht ist,

daß der politische Kampf ohne persönliche Gemeinheiten geführt werden kann und muß; denn nach der Anschauung der Kommunisten sind revolutionäre Betätigung und Anonimium identische Begriffe. Wehe aber dem, der sich erdreistet, einen oder mehrere Dutzend lebende und die müdesten Schimpfwörter ausstößende Kommunisten eine Bande zu nennen. Der dicke Dettel, der bekanntlich ein Verehrer der Prügelstrafe war, würde seine helle Freude an der Bezeigerung gehabt haben, mit der sich kommunistische Abgeordnete bemühen, ihren Widerlachern die Ueberzeugung einzubläuen, daß sie kommunistische Verbalinjurien schweigend einzustudieren haben.

So viel über die Art, wie sich die Moskowitzer auf dem Gebiete der hohen Politik bewegen. Ganz anders als Ministern und gemäßigten Abgeordneten stehen sie aber Beamten gegenüber, deren Autorität nach Aslaffen nicht erschüttert werden darf, und ein besonderes Ansehen genießt in ihren Augen der Schumann. Ein Kommunist, der eben noch gebrüllt hat, als ob er am Siebe stecke, wird sahm, sobald ein Schumann sich ihm nähert, um ihm Gelegenheit zu geben, sich andernwärts als im Reichstage wie ein Rüssel zu benehmen. Der Beamte ist geradezu entzückt von der ausgefachten Hochachtung, mit der er sich behandelt sieht. Der Kommunist erkundigt sich in höflicher Weise bei ihm, ob er einen Ausweis mit Lichtbild und Namensunterchrift bei sich habe und verläßt dann befriedigt von den erhaltenen Auskünften den Schauplatz seiner Seldentaten, den er soeben noch bis zum äußersten zu behaupten geschworen hatte.

Der kommunistische Respekt vor dem Schumann kann eines Tages für den Verlauf der Weltgeschichte von größter Bedeutung werden. Man stelle sich vor: Moskau befindet den deutschen Arbeitern eines Tages — nicht zum ersten Male — im russischen Interesse zu politischen. Bei den arden Beziehungen, welche die Polizei zur kommunistischen Partei unterhält, erfährt sie davon. Was wird ein psychologisch geschulter Reichsminister in solchem Falle tun? Ganz einfach; er schickt zur Zentrale der KPD. einen Schumann, der über das Verbot der Revolution unterrichtet ist, die auf eine systematische Herabsetzung Dr. Stresemanns hinauslaufen. Die erdachte Korrespondenz kichert:

Stresemann und die Deutschnationalen

Aus der Deutschnationalen Partei werden die Gegereien und Intrigen gegen den Reichsaussenminister Dr. Stresemann fortgesetzt. Dieser wendet sich nun in der „Nationalliberalen Korrespondenz“, dem offiziellen Organ der Volkspartei, gegen die Artikel, die auf eine systematische Herabsetzung Dr. Stresemanns hinauslaufen. Die erdachte Korrespondenz kichert:

Es scheint uns hier ein durchsichtiges Spiel mit wohlverdienten Rollen gespielt zu werden. Anders als wir nicht geneigt, unferneits die Rolle des tätigen Aufhauers zu übernehmen. Entweder besteht zwischen den Regierungsparteien der Burgfriede und dann hat sich auch die deutschnationale Presse, wie die Drane des Dr. Suenerberg, demnach zu richten, oder aber der Burgfriede besteht nicht, dann müßten wir nicht nur die Karren auf dem Spielplatz liegen lassen, sondern auch die Hände, die sie ausgeben. Wir werden nicht davor zurückschrecken, Hahnschpielern auf die Finger zu klopfen.

Das ist ja allerhand für die Beurteilung der Verhältnisse des Herrn Reichsaussenministers zu der stärksten Regierungspartei. Wir dürfen an diesem Streit wenig Interesse nehmen, wenn nicht die deutsche Außenpolitik die Bede für die antipolitische Haltung der Deutschnationalen tragen müßte. Daß Herr Stresemann mit Energie sich gegen die Deutschnationalen wehren wird, dürfte ihm nach seinem ewigen Schicksal niemand mehr glauben.

Die „Deutsche Zeitung“ wendet sich schon in einem Aufsatz gegen die Erklärung Stresemanns und verlangt, daß dieser eine baldige unabweisende Antwort erhalte. Denn genau wie sich die heute bestehende Unklarheit bisher in verhängnisvoller Weise ausgewirkt habe, werde die Klarstellung nun nicht mehr zu vermeiden sein und von entscheidender Bedeutung sein müssen für alles was weiter geschieht.

Aus der Partei

5. Bad. Landtagswahlkreis Karlsruhe
Sonntag, den 9. August, vorm. 10 Uhr, in Karlsruhe im Saal des „Friedrichshof“

Landtagswahlkreis-Konferenz
Tagesordnung:

1. Die bevorstehenden Landtagswahlen: a) Lichtbild und Ausbild. Referent Landtagsabg. Gen. Graf. Forstheim; b) Wahltechnisches und Organisationsfragen. Referent Landessekretär Gen. Reinhold. Mannheim.
2. Aufstellung der Kandidaten zur Landtagswahl.
3. Wahl der Delegierten zum Deutschen Parteitag in Seibelberg.

Es wird erwartet, daß im Hinblick auf die Wichtigkeit der Tagesordnung jeder Ortsverein vertreten ist. Die Zahl der Delegierten richtet sich nach der Mitgliederzahl der Ortsvereine. Es haben zu entsenden:

- Mitgliedschaften bis 100 Mitglieder 1 Delegierter,
- Mitgliedschaften bis 300 Mitglieder 2 Delegierte,
- Mitgliedschaften bis 600 Mitglieder 3 Delegierte,
- Mitgliedschaften bis 1000 Mitglieder 4 Delegierte,
- für je weitere 1000 Mitglieder 1 Delegierter mehr.

Die Ortsvereine haben den Delegierten Mandate auszustellen, die mit dem Vereinstempel versehen sein müssen. Genossinnen und Genossen, die Interesse an den Verhandlungen dieser Konferenz haben, aber nicht Delegierte sind, haben gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches Zutritt. Trinks. Parteifretär.

Deflagieren. Samstag, 8. August, abends 9 Uhr, findet in der Radschmiede eine außerordentliche Versammlung der Soz. Partei statt. Da die Tagesordnung von Wichtigkeit ist, ist das Erscheinen aller Genossen erforderlich. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Aus dem Freistaat Baden

Der 11. August

Die von der badischen Regierung im Hinblick auf eine wirksame Feier der Erinnerung an den 11. August 1919, an dem sich das deutsche Volk in der Weimarer Verfassung neue staatsrechtliche Grundlagen geschaffen hat, mit Verordnung vom 21. Juli 1923 in Baden als gebotener Festtag im Sinne der Bestimmungen über die weltliche Feier der Sonn- und Festtage erklärt worden. Mit Ausnahme dringender Erntearbeiten, für deren Erledigung am 11. August die für die gebotenen Festtage geltenden Bestimmungen zur Anwendung kommen, ruht an diesem Tag die Arbeit wie an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Damit ist allen Kreisen Gelegenheit gegeben, die Feier dieses Gedenktages seiner großen Bedeutung entsprechend zu begehen.

Wie man in anderen Staaten den Verfassungstag begeht, das konnten auch dieses Jahr wieder unsere Landsleute am 20. und 21. August beobachten. Am Abend des 1. August, des eidgehörigen Verfassungstages, sah man von den Höhen des deutschen Werra allenthalben auf den schweizer Bergen große Höhenfeuer aufblitzen, mit denen die Eidgenossen ihre Verfassung huldigten. Und da und dort auf deutscher Seite hatten Gruppen von Schweizerbürgern, zur Verfassungsfeier versammelt, ebenfalls Höhenfeuer angezündet, um ihrer Heimat die treue Gefinnungsbündnischaft an diesem nationalen Feiertag zu bezeugen. Sollte dies nicht vorbildlich sein für unsere Verfassungsfeier, zu denen wir uns in diesen Tagen rufen?

Aus dem Haushaltsausschuss des Badischen Landtags

In der Zentrums-Presse, vor allem dem Badischen Beobachter und der Offenburg-Zeitung, waren der Sozialdemokratie in den letzten Tagen die schwersten Vorwürfe gemacht worden, daß die sozialdemokratische Partei verführe, die Behandlung der Beamtenverhältnisse zu hinterziehen und daß an der Aufhebung von Verhandlungsgegenständen der sozialdemokratische Vorsitzende des Haushaltsausschusses, beim seine Lage Gefährdung durch die Verhandlung darstellt. In der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 3. August wurde die der stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion in aller Schärfe gegen diese absolut unwarren Unterstellungen in der Zentrums-Presse und bezeichnete die dort gemachten Darstellungen als völlig unrichtig, als einen aufleuchtenden „Wahlwindel“. Die sozialdemokratische Partei habe genau so gut wie alle anderen Parteien Wert darauf gesetzt, daß diese sämtliche Beamtenverhältnisse in Gegenwart der Gesamtheit, insbesondere des Herrn Finanzministers, behandelt werden. Wenn die sozialdemokratische Partei diese letztere Forderung erhoben habe, so gerade aus dem Grunde, weil sie Wert auf eine gründliche und eingehende Beratung lege habe. Was die Geschäftsführung des Vorsitzenden anbetreffe, überlasse er ihre Beurteilung dem Ausschuss selbst, der von ihm aus bis heute noch keinen Anlaß genommen habe, diese Geschäftsführung zu kritisieren. Der Vorsitzende allein könne nicht für sich aus alles anordnen; der Ausschuss habe es ja in der Hand beherzigt in den Geschäftsgängen einzugreifen, der Ausschuss sei also selbst mitverantwortlich oder mitfühlig.

Der demokratische Fraktionsvorsitzende und stellvertretender Vorsitzende des Haushaltsausschusses schloß sich schließlich diesen Ausführungen an und wandte sich gegen die Darstellung im Bad. Beobachter. Hieraus wurde dem Ausschuss Kenntnis gegeben vom Schreiben der Direktoren der Kliniken in Freiburg, die sich gegen die in Freiburg umgehenden Gerichte wenden, daß die Klinikerwahlen des Haushaltsausschusses bei der feierlichen Bestätigung abfällig getätigt hätten. Der Ausschuss ersuchte den Herrn Landtagspräsidenten, bei dem Herrn Oberbürgermeister in Freiburg nähere Erkundigungen einzuziehen.

Sodann gab der Regierungsvorsteher die Stellungnahme der Regierung zu den Ausführungen des Berichterstatters Abg. Fremdenberg, über das Steuerverteilungsgesetz bekannt, und betonte am Schluß, daß die Regierung auf ihrem bisherigen Stand stehen bleibe. Auch die Regierung ermahnte ihr leitendes Sachverständigen durch folgende Darlegungen:

Die Ueberweisungsteuer des Reiches aus Einkommensteuern haben betragen: im April 1925: 8,9 Millionen Mark, im Mai 1925 8,0 Millionen Mark, im Juni 1925: 6,0 Millionen Mark. Aus Körperschaftsteuern: Mai 1925: 888.000 Mark, Juni 1925 288.000 Mark.

Bei den Steuerarten mache sich also durch Abnahme der Zahlung neuer Gesetzesvorschriften stark bemerkbar. Der Zuschußbedarf der Gemeinden sei heute um 36,5 Prozent größer als im 1913. Dagegen sei die Zinsbelastung der Gemeinden von 250 Millionen Mark, um 19,5 Millionen Mark zurückgegangen.

Der gesamte Fiskusausbau (Armen- und gebobene Fiskus) betrage für 1924: 17.688.100 M. Davon trägt das Land: 4.171.400 M oder 23,6 Prozent, die Gemeinden: 13.516.700 M oder 76,4 Proz., die Kreise: 120.000 M oder 0,8 Prozent.

Gegenüber den Ausgaben des Jahres 1913 mit rund 13,4 Millionen haben die Ausgaben der Gemeinden für dieselbe Periode im Jahre 1913 nur 6 Millionen betragen (alles ohne die Erwerbslosenfürsorge).

Der Aufwand für die Erwerbslosenfürsorge habe im Monat Mai 1925 bei einem Durchschnittstand von 15.000 Erwerbslosen betragen: 715.293 M. Hieron Gemeindeanteil mit einem Mittel = 67.154 M. dazu ein Drittel für die Arbeitsämter = 22.384 M. zusammen für einen Monat 104.114 M. Der übrige Aufwand verbleibt den Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu eigenen Lasten.

Die gesamten Einnahmen an Steuern und Abgaben aller Art haben in Baden betragen: 1913: 53,6 Millionen Mark, 1924: 104,81 Millionen Mark, also eine Steigerung von 95,4 Prozent.

Die Ausgaben des badischen Staates betragen im Budgetjahr 1924/25: Ordentlicher Etat: 166 Millionen, außerordentlicher Etat 62 Millionen, 2. Nachtragsetat 19 Millionen, zusammen 247 Millionen Mark.

In der hierzu gefassten Aussprache kam der Ausschuss zu seiner bestimmten Stellungnahme, eine Beratung in den Fraktionen soll endgültige Beschlüsse bringen. Auffallend war nur, daß ein Freiburger Zentrumsmann an Hand des Vorschlags der Stadt Freiburg zu beweisen suchte, daß die Ausgaben der Städte zu hoch eingestellt seien und zwar für 1925 um 50 Prozent höher wie 1924! In Fortsetzung der Beratung des Etats des Finanzministeriums wurde der Antrag Duffner (Freisache Nr. 115 und 115a) über die steuerliche Behandlung der Waldungen beraten, d. h. Änderung des § 16 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes. Die Aussprache ergab eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit, ob das Grund- und Gewerbesteuerrecht jetzt zugunsten eines Standes, hier Waldbesitzer, geändert werden solle oder nicht. Auch der Regierungsvorsteher glaubte warnen zu müssen, eine generelle Änderung zu

gunsten einer Steuergruppe eintreten zu lassen. Für die Änderung sprechen sich Zentrum und Landtag, gegen die Änderung die übrigen Parteien aus. Der demokratische Redner betraucht insbesondere die Rückwirkung der Annahme eines derartigen Antrages für die Industrie und betonte, daß die Kreise der badischen Wirtschaft übereinstimmend seien, daß die größte Partei des Landes allmählich einseitige Agitation treibe. Der sozialdemokratische Redner betonte, daß es nun das wiederholte Mal sei, daß Sozialdemokratie und Demokratie Maßnahmen des Finanzministeriums gegen und vor dem Hintergrund gegenüber dem Zentrum. Der Zentrumsmann widersprach dieser Darstellung scharf, lenkte aber im übrigen ein.

Weitere Kredite für den Weinbau erforderlich. Nach Feststellung des Deutschen Weinbauverbandes reichen die den Winzern vom Reiche zur Verfügung gestellten Kredite bei weitem nicht aus, um es diesen zu ermöglichen, ihren Betrieb solange weiter zu führen, bis sie Einnahmen aus der neuen Ernte erzielen. Bekanntlich entfiel von der zur Verteilung bereit gestellten Summe nur ein Betrag von 75 Mark auf 0,25 Hektar. Diese kleine Summe bedeutete bei der völligen Entblößung des Weinbaues von jeglichem Betriebskapital und den gänzlich fehlenden Weinabfabrik nur einen Tropfen auf einen heißen Stein. Der Deutsche Weinbauverband hat darum neuerdings bei der Reichsregierung den dringenden Antrag gestellt, weitere Kredite den Winzern zur Verfügung zu stellen unter denselben Bedingungen wie die kürzlich gewährten.

r. Genenbach. Die Stadtbibliothek veranstaltet am 11. August in der Turnhalle eine Verbandsfeier bei welcher Landtagsabgeordneter Kildert sprechen wird.

Soziales

Nicht Worte, Taten beweisen

Man schreibt uns: Schon längst vertritt die „Gemeinschaft der Freunde“ gemeinnützige Gesellschaft zur Beschaffung von Eigenheimen, Eigenwohnungen und Altersheimen in Ruffenrot bei Heilbronn den Standpunkt, daß die größte Not unserer Zeit, die Wohnungsnot, nicht beseitigt wird durch schöne Worte, die doch nicht zur Ausführung kommen, durch Reden und Deklamationen in Volksversammlungen und dergleichen. Auch Staat und Gemeinde können nicht durchgreifend helfen, weil es ihnen an Geld fehlt, und die Baufrage im wesentlichen eine Geldfrage ist. Retten kann uns nur die Tat, die Tat von Menschen, die in einer großzügig angelegten Selbsthilfeorganisation einander gegenüber die Hand reichen, um aus diesem Sumpf herauszukommen, die wie früher, anfangen zu sparen zu dem Zwecke, für sich und ihre Kinder das Wertvolle, was es geben kann, zu erringen, ein Eigenheim, in welchem unsere junge Generation gefunden an Leib und Seele heranwachsen kann.

Es ist doch eine große Tat, wenn in dem kurzen Zeitraum von 7 Monaten bereits 56 Menschen dadurch glücklich gemacht werden konnten, daß ihnen die Summen zum Bau ihres Eigenheims ausgegeben werden konnten. Wieviel Freude ist in diesen Tagen durch die Gemeinschaft der Freunde in diese Häuser gekommen. Und wieviel Wohnungsnot und doch unversorgt überleben Wohnverhältnisse Lebende könnten sich in Baden im Eigenheim erfreuen, wenn sie durch die Gemeinschaft der Freunde einen Bauparvertrag abschließen. Aber die Welt dieser Bauparverträge geben allein, die sich nach einem Eigenheim sehnen, gerne nähere Auskunft die Geschäftsstelle der „Gemeinschaft der Freunde für Baden, Heilbronn, Steinstr. 9. Weyer und Müller, schickst Eltern Kindern Baderstraße 1. Eine Mietwohnung ist kein Vaterhaus — nur im Vaterhaus, im Eigenheim mit Hof und Garten kann sich unsere Jugend an Leib und Seele gesund und glücklich entwickeln, nicht in den Mietwohnungen oder Kellern der Großstädte. Ihr Mieter alle, laßt Euch nicht täuschen und kündigt Euch selber nicht: Sucht Anschluss an die Gemeinschaft der Freunde, die Ihr in ganz kurzer Zeit schon euer eigenes Heim, wohnt von Jahr zu Jahr billiger und nach Wunsch Eurer Absichten völlig frei. In Mietwohnungen sollt Ihr in der gleichen Zeit mehr noch mehr an Gesundheit und Verger und habt am Schluß — nichts. Eure Taten müssen es beweisen, daß Ihr Eurer und Eurer Kinder Wohl und dies allein im Auge habt.

Kleine badische Chronik

* Laß. Ein Radfahrer überfuhr hier ein 10jähriges Mädchen, das schwere Verletzungen im Gesicht und an den Armen davontrug.

* Obriegerheim. Auf dem Gutsbetrieb des Ritzhütterhofes kam ein 23jähriger Knabe trotz der Schutzvorrichtung in die Trommel des in Betrieb befindlichen Drehwagens, wobei ihm ein Bein vollständig abgerissen wurde.

* Hasloch. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag brach auf dem Eisenhammer ein Schabenseuer aus, durch das beträchtliche Graphit- und Kohlenstaubbestände vernichtet und das Dach der Gießerei stark beschädigt wurde. Der entstandene Schaden beträgt mehrere Tausend Mark.

* Mondfeld (bei Wertheim). Ein Frankfurter Motorradfahrer, der vom Vortag kam, wollte an der Rosenmühle einem Stammholzfuhrwerk ausweichen und stürzte dabei infolge Verlangens der Bremsen in den Graben. Er wurde gegen einen Scheiterhaufen geschleudert und trug anscheinend schwere innere Verletzungen davon. Eine mitfahrende Dame kam alimpflich davon. Das Rad blieb unbeschädigt.

* Singen a. S. Am Mittwoch stieß am westlichen Ortseingang in Worblingen an einer unübersichtlichen Kurve ein Singener Lastauto mit einem badolischer Personauto zusammen, wobei letzteres stark beschädigt wurde, ohne daß aber die Insassen zu Schaden kamen. — Dagegen ist der Mischändler Hamerl am Samstag schwer verletzt worden. Er stieß mit einem Auto zusammen und wurde von seinem Motorrad geschleudert, wobei er schwere Kopfverletzungen erlitt. Sein Sohn, der auf dem Motorrad saß, kam mit dem Schrecken davon. Ebenfalls erlitt am Sonntag der Bäckermeister Dextel mit dem Fahrrad zwischen Weil und Wolfshagen einen Unfall, jedoch nur leichter Art.

Wie einzelne Textilarbeiter den National-Feiertag vom 11. August beachten

Man schreibt uns: Wie aus verschiedenen Betrieben des Westens bekannt wird, sind die Arbeitgeber der Firmen Färberei und Appreturanstalt U.G. Brombach (vormals Febr), Gebrüder Grohmann-Brombach und Mech. Weberei Zell, Zwebelbetrieb Schönau an die Arbeiterschaft heranzutreten mit dem Ersuchen, am 11. August zu arbeiten.

Da der 11. August in Baden gesetzlicher Feiertag ist, kommen die gesetzlichen Bestimmungen in Frage, wie für Sonn- und Feiertage zu beachten sind. Dies sollten unsere Textilarbeiter doch auch endlich wissen. Nach unerschütterlicher Erfahrung sind aber die Haltung der Arbeiterschaft bei der Firma Färberei und Appreturanstalt Brombach, die auf An-

fragen der Firma beschlossen haben soll, am 11. August zu arbeiten, falls die Firma bereit ist, diese Arbeit mit 25 Prozent Zuschlag zu bezahlen.

Der alte Tarifvertrag der Gewerkschaft hat für Arbeiten zu Produktionszwecken an Sonn- und Feiertagen einen Zuschlag von 100 Prozent vorgelesen. Darum kümmern sich scheint die Arbeiter dieses Betriebes nicht, sondern geben sich mit 25 Prozent zufrieden. Es ist das eine traurige Erscheinung, daß selbst Arbeiter den Nationalfeiertag der Republik durch ein derartiges Verhalten mißachten. Das Ansehen der Arbeiterschaft dem Arbeitgeber gegenüber wird dadurch sicher nicht erhöht. Wie stellen hiermit die Frage, ob die Betriebsräte die Gesuche an das Gewerbeaufsichtsamt, das zwecks Genehmigung solcher Sonntagsarbeiten in Frage kommt, befürwortend unterzeichnet haben und ob überhaupt solche Gesuche seitens der Firmen an das Gewerbeaufsichtsamt gelangt sind? Sollte das nicht geschehen sein, würden in diesem Falle Arbeiter selbst dafür sorgen, daß die gesetzlichen Bestimmungen nicht beachtet, sondern außer Kurs gesetzt werden. Wir geben uns der Auffassung hin, daß hoffentlich der größte Teil der Arbeiterschaft für ein solches Verhalten kein Verständnis hat.

Gewerkschaftliches

Warum hat die Spinnerei u. Weberei Steinen 40 italienische Arbeitskräfte angefordert

Man schreibt uns: Wie bekannt sein dürfte, hat die Spinnerei und Weberei Steinen u. G. an das Landesamt für Arbeitsvermittlung in Karlsruhe und an das Arbeitsnachweisamt in Vörrach das dringende Verlangen gestellt, ihr unbedingt 40 italienische Mädchen für ihren Spinnereibetrieb zu beschaffen. Dieses Verlangen wurde kurzherab damit begründet, daß ca. 10.000 Spindeln stillständen, was eine schwere Schädigung der Firma bedeuten würde. Wie die Unterzeichneten festgestellt haben, entsprachen diese Behauptungen nicht den Tatsachen. Der Gemeinderat von Steinen hatte seinerzeit diesen Antrag so ernst und eilig behandelt, daß die Zustimmung im Umlaufverfahren ohne eingehende Beratung herbeigeführt wurde. Die Organisationsleistungen des Deutschen und Christlich-nationalen Textilarbeiterverbandes haben sofort bekräftigt, daß die Einfuhr italienischer Arbeitskräfte notwendig sei. Sie haben energisch verlangt, daß man auf alle Fälle erst den Versuch machen solle, aus dem Innern des Landes selbst oder aus Deutsch-Oesterreich Arbeitskräfte heranzuziehen. Das Arbeitsnachweisamt Vörrach hat sich hierauf ernstlich bemüht, die geforderten Arbeitskräfte zu beschaffen, was ihm auch schließlich durch Verbindung mit österreichischen Arbeitsämtern gelang.

Das unglücklichste kommt aber jetzt: Nachdem die endlosen Bemühungen mit Erfolg gekrönt waren und der Arbeitsnachweis der Firma 40 deutschsprachige österreichische Mädchen zur Verfügung stellte, gab die Firma Spinnerei und Weberei Steinen die lakonische Erklärung ab: „Daß sie nicht in der Lage wäre, mehr wie 10 Arbeiterinnen anzunehmen, weil sie für die übrigen keine Unterkunft habe! Dieser Vorgang hätte wohl einlaß da und zeigt, welcher Verschwendung sich die staatlichen und Gemeindefürsorge seitens der Herrn Arbeitgeber erfreuen! Dieses Verhalten muß von so bedrückender Wirkung, als Herr Sanktus Grimm vom Textilarbeiterverband von altem Anfang an und noch in der letzten Zeit alle Kraftanstrengungen machte, um die 40 italienischen Arbeitskräfte zu erhalten. Das Arbeitsamt Vörrach hätte sich eine hinreichende Klage durch dieses Verhalten der Firma ausgesprochen, wenn es ihm nicht in letzter Stunde gelungen wäre, wenigstens weitere 20 Arbeiterinnen in einem benachbarten Betriebe des Westens unterzubringen, jedoch nur 10 Arbeiterinnen zurückzugeben werden müßten.“

Wir fragen hiermit an: Warum hat aber die Firma 40 italienische Arbeiterinnen angefordert, wenn es wahr ist, daß sie nur für 10 Unterkunft beschaffen konnte und wie hatte man sich die Unterkunft der übrigen 30 Mädchen bedacht? Die Antwort hierauf mag sich der Leser selbst suchen. Eine Sache für sich wird es sein, wie sich die Behörden gegen derartige irreführenden Angaben für die Zukunft schützen werden. Bisher haben die Arbeitervertreter immer den Eindruck gehabt, daß ihren Angaben wenig Glauben geschenkt wurde, während man die Angaben der Arbeitgeber stets als bare Münze hinnahm. Hoffen wir, daß dieser Vorgang dazu beiträgt, daß die Angaben der Arbeitgeber hinsichtlich einer späteren Nachprüfung unterworfen werden, wenn nicht Frau und Gläubiger bei den breiten Massen erschüttert werden sollen. Deutscher Textilarbeiterverband, Filiale Vörrach u. Umgebungen. Lokalsekretariat Vörrach des christl.-nat. Textilarbeiterverb.

Bermischtes

Die Lieblingsgerichte der Reichstagsabgeordneten

Für die Lieblingsgerichte der Reichstagsabgeordneten interessierte sich das „Berliner Tageblatt“. Es hat Nachforschungen angestellt, über deren Ergebnisse es berichtet: „Anschließend wandten wir uns, nach dem Wüter des englischen Kollegen, an den Deponen des Reichstages und fragten ihn nach den Lieblingsgerichten der Herren Reichstagsabgeordneten; denn wir glaubten, daß sie nicht nur in Hinblick der Politik, sondern auch in Hinblick des Geschmacks bis zu einem gewissen Grade als die Exponenten des deutschen Volkes zu betrachten seien. Der Deponen des Reichstages war um eine Antwort nicht verlegen, sie kam aus seinem Munde, wie aus einer Pistole geschossen. Das Zeug für die Zuverlässigkeit seiner Aussagen. „Die Reichstagsabgeordneten“, laute er, „essen im Winter am liebsten Eisbein mit Sauerkraut und Pfefferkorn mit Erbsenbrei, im Sommer essen sie am liebsten Rinderbraten mit Bouillonnartoffeln, daneben werden Weißbrot mit Fleisch und Fische viel gefragt. Von Getränken werden Mineralwässer bevorzugt. Der Bierumsich ist so gering, daß er nicht einmal mit dem einer kleinen Aneise konkurrieren kann. Nur im Winter wird auch bayerisches Bier für die Bayern gereicht. Süddeutsche und Rheinländer trinken meist ihren Schoppen Wein.“

Briefkasten der Redaktion

Wöffingen. Reklamieren Sie bei der Kirchensteuerverwaltung. Ihr Sohn ist zweifellos zu hoch eingeschätzt.

Aufwertung Ruppure. Wenn die Verhältnisse so liegen, wie Sie sie geschildert haben, steht Ihnen nach dem Aufwertungsgesetz ein Anspruch auf Aufwertung in Höhe von 25 Prozent des Goldmarkbetrages der Hypothek zu, also in Ihrem Falle in Höhe von 5000 Gm., wobei wir Ihnen aber empfehlen, sich unter allen Umständen Ihre weitergehenden Rechtsansprüche für die Zukunft ausdrücklich vorzubehalten. Ihr Aufwertungsanspruch ist bis zum 1. Januar 1926 beim hiesigen Amtsgericht anzumelden, falls Sie bis dahin nicht eine freiwillige Verfündigung mit Ihrem Schuldner über die Höhe der Aufwertung ausstehen gebracht haben. Wenn Sie Näheres wissen wollen, wenden Sie sich an die Geschäftsstelle des Karlsruher Hypothekengläubiger- und Sparersbundesverbandes, Kaiserstraße 26, 3. St., die ihren Mitgliedern gegen den geringsten Mitgliedsbeitrag von monatlich 50 Pfg. jederzeit unentgeltlich Rat und Auskunft in Aufwertungsangelegenheiten erteilt.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 6. August
Geschichtskalender

7. August. 1819 Karlsbader Beschlüsse (gegen Freiheit der Universitäten, Presse usw.). — 1869 Gründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Eisenach. — 1909 Wilhelm Liebknecht in Berlin.

Arbeit schändet nicht

Im eigenen Auto kommen die Herrschaften an, im Kurhaufe steigen sie ab und Wochen, vielleicht Monate bringen sie mit ihrem Nichtstun zu. Sie haben zu leben, die Arbeit machen andere, die Ware an den Mann bringen andere, die Gelder ziehen andere ein. Sie sorgen dafür, daß sie wieder weiter rollen. Die Republik sorgt für ihre Sicherheit, für ihre Ruhe, deshalb schimpfen sie weidlich darauf und pflanzen auf ihre Strandsburgen die Fahne der „gewesenen“ Monarchie.

Jeder Arbeit gehen sie aus dem Wege. Nur die Hände nicht schmutzig machen! „Es muß Herren geben, aber auch Knechte. Das war von jeher so und — muß immer so bleiben. Wir sind die Herren!“ — Das ist ihre höchste und letzte Philosophie. — Die Herren werden bei ihrer Arbeit stets wohlgepflegte Hände behalten!

Auf der Straße zieht eine Kolonne Straßenarbeiter entlang. Da ist ja auch A. dabei. Der arme Kerl hat in den letzten Jahren viel Unglück gehabt, Arbeitslosigkeit, Krankheiten in der Familie usw. — Ich grüße Mann, er dreht sich weg. Er hat mich gesehen, erkannt und — schämt sich. Schämt sich seiner rechtlichen Arbeit!

Wie ist das möglich? A. ist seit vielen Jahren Sozialist. Ich hielt ihn bisher für einen überzeugten Kämpfer. Sollte ich mich getäuscht haben? — Oder ist er auch von dem Wahn befangen, daß seine Arbeit minderwertig sei, daß diese Arbeit ihn erniedrige? Sind wir schon so weit gekommen, daß wir Sozialisten den Maßstab des Faulenzers und des Kapitalisten an die Arbeit legen, und daß wir wie diese die Handarbeit geringschätzen und diese Mißachtung sogar auf den Arbeiter selbst übertragen? Noch einen Schritt weiter, und wir kennen unsere Freunde im Arbeitsmittel nur an Sonntagen, wenn sie den Feiertagsanzug anhaben.

Und solche Menschen wollen sich dann noch Sozialisten nennen? — Nein, sie verdienen den Namen nicht mehr. Ehrliche Arbeit steht dem wahren Sozialisten überall gleich hoch, mag sie am Särbelische oder Schraubstock, mit der Feder, dem Pinsel oder dem Beien geleistet werden. Jede produktive Arbeit dient der Gesamtheit. Darum ist sie wertvoll. Die Schädlinge der Volkswirtschaft dagegen produzieren nicht, sondern schieben die Waren unnützlich hin und her. Und diese Parasiten können mit Hilfe des Geldes alles erkaufen, auch Macht und Ansehen.

Um so mehr müssen wir selber jede Arbeit achten und schätzen. Weg mit der falschen Scham! Achtung dem Manne, der in der Not lieber den geringsten Dienst verrichtet als Almosen empfängt.

Ehret die wirkliche Arbeit und — die Arbeiter!

Das Postamt will mittags schließen

Nach neuerlichen Anordnungen, die das Reichspostministerium getroffen hat, wollen die Postanstalten in Orten, die nicht über 500 000 Einwohner zählen, ihre Schalter mittags wenigstens 2 Stunden geschlossen halten. Dieser Anordnung nachkommend, beabsichtigt, wie wir erfahren, auch die Oberpostdirektion Karlsruhe Verfügung dahin ergehen zu lassen, daß in Karlsruhe sämtliche Postschalter entweder während der Zeit von 12—2 Uhr oder von 1—3 Uhr schließen. Eine derartige Maßnahme würde selbstverständlich sowohl für die Geschäftswelt wie auch für die Allgemeinheit von einschneidender Wirkung sein und der Karlsruher Einzelhandel hat denn auch sofort nach Bekanntwerden der Absicht der Oberpostdirektion Karlsruhe Protest gegen die Schließung der Schalter während der Mittagsstunden erhoben.

Wir glauben im Interesse der Allgemeinheit zu handeln, wenn wir uns diesem Protest anschließen und die Oberpostdirektion Karlsruhe dringend ersuchen, von der geplanten Maßnahme abzusehen. Bei der Unmöglichkeit weitester Kreise, ihre Angelegenheiten an den Postschaltern zu einer anderen Zeit als während der Mittagspause abzuwickeln — nachdem ja durch den frühzeitigen Schluß am Abend sowieso schon eine Schädigung der Interessen der Allgemeinheit eingetreten ist — wäre der Mittagschluß der Postanstalten gleichbedeutend damit, daß alle Arbeitnehmer erzwungen würden, sich während der Geschäfts- und Arbeitszeit eine Freizeiterlaubnis zu müssen, für den Fall sie irgend etwas auf der Post zu erledigen haben.

Stadtparkkonzert. Am Samstag, den 8. ds. Mts., findet nachmittags von 3—6 Uhr, bei gutem Wetter ein Konzert der Kapelle der Bereinigung des Postbetriebs statt. Herr Obermusikmeister Heßig hat ein vorzügliches Programm vorbereitet, jedoch einige genutzte Stunden bevorzugen.

Karlsruher Polizeibericht vom 7. August
Brand. In der Nacht zum 2. I. Mts. sündete ein im Rangierdienst mahnhafter junger Mann, während er im Bett lag, ein Streichholz an, um nach der Uhr zu sehen. Durch abfallende Funken geriet das Bett in Brand. Sogar das Gemd des jungen Mannes fing an zu brennen. Glücklicherweise trug dieser keine Brandwunden davon. Der entstandene Schaden ist unerheblich.

Verkehrsunfall. Beim Überqueren der Luisenstraße wurde gestern vormittag ein 7 Jahre altes Mädchen von einem Lieferwagen erfasst und überfahren, wobei das Vorder- und Hinterrad des Kraftwagens über den Oberkörper des Kindes gingen. Der herbeigerufene Arzt stellte eine Verletzung des Unterkiefers, sowie Hautabstürzungen am Hinterkopf und blutunterlaufene Stellen am Oberkörper fest.

Wala
nach dem Berliner Kurs vom 7. August 1925. Belgien 18.79 M per 100 bel. Fr.; Holland 168.64 M per 100 hfl.; Spanien 60.61 M per 100 Pes.; Schweiz 81.47 M per 100 schw. Fr.; Italien 15.24 M per 100 Lire; England 20.376 M per 1 Pfd. Sterl.; Schweden 112.78 M per 100 Kr.; Frankreich 19.68 M per 100 frans. Fr.; Desterreich 59.05 M per 100 Schilling; Neuvort 4.105 M per 1 Dollar; Slowakei 12.42 M per 100 Kronen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte
für Samstag, 8. August: Zunächst noch heiter, meist trocken, etwas wärmer.

Zu welchen Konsequenzen dies führen müßte, leuchtet wohl ohne weiteres ein und es ist geradezu unverständlich, wie die Reichspost heute in einer Zeit, wo alles auf schärfste Ausnützung der persönlichen Arbeitskraft eingestellt ist, zu derartigen Maßnahmen kommt. Schließlich ist eine öffentliche Verkehrsanstalt doch dazu da, dem Publikum zu dienen und nicht umgekehrt.

Stadtparkkonzert. Am Samstag, den 8. ds. Mts., findet nachmittags von 3—6 Uhr, bei gutem Wetter ein Konzert der Kapelle der Bereinigung des Postbetriebs statt. Herr Obermusikmeister Heßig hat ein vorzügliches Programm vorbereitet, jedoch einige genutzte Stunden bevorzugen.

Karlsruher Polizeibericht vom 7. August
Brand. In der Nacht zum 2. I. Mts. sündete ein im Rangierdienst mahnhafter junger Mann, während er im Bett lag, ein Streichholz an, um nach der Uhr zu sehen. Durch abfallende Funken geriet das Bett in Brand. Sogar das Gemd des jungen Mannes fing an zu brennen. Glücklicherweise trug dieser keine Brandwunden davon. Der entstandene Schaden ist unerheblich.

Verkehrsunfall. Beim Überqueren der Luisenstraße wurde gestern vormittag ein 7 Jahre altes Mädchen von einem Lieferwagen erfasst und überfahren, wobei das Vorder- und Hinterrad des Kraftwagens über den Oberkörper des Kindes gingen. Der herbeigerufene Arzt stellte eine Verletzung des Unterkiefers, sowie Hautabstürzungen am Hinterkopf und blutunterlaufene Stellen am Oberkörper fest.

Wala
nach dem Berliner Kurs vom 7. August 1925. Belgien 18.79 M per 100 bel. Fr.; Holland 168.64 M per 100 hfl.; Spanien 60.61 M per 100 Pes.; Schweiz 81.47 M per 100 schw. Fr.; Italien 15.24 M per 100 Lire; England 20.376 M per 1 Pf. Sterl.; Schweden 112.78 M per 100 Kr.; Frankreich 19.68 M per 100 frans. Fr.; Desterreich 59.05 M per 100 Schilling; Neuvort 4.105 M per 1 Dollar; Slowakei 12.42 M per 100 Kronen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte
für Samstag, 8. August: Zunächst noch heiter, meist trocken, etwas wärmer.

Reichsbanner
Schwarz-rot-gold

Den Kameraden zur Kenntnis, daß noch Einheitskoppel in auf der Geschäftsstelle Karl-Friedrichstraße 28, 2. Stock, Zimmer 8, zu haben sind.

Aus der Stadt Durlach
Eittlichkeitsverbrechen. Von der Gendarmerie wurden in letzter Zeit mehrere Eittlichkeitsverbrechen, verübt an Kindern, aufgedeckt und die Täter festgenommen. Darunter befinden sich auch verheiratete Männer.

Jugend und Sport
Reichsjugendtag in Hamburg
Abgeschlossen sind die Arbeiten für den Reichsjugendtag. Heute früh 5.45 Uhr fuhr ein Sonderzug für die Sozialistische Arbeiterjugend nach Hamburg. Der Bezirk Baden entsendet zum Reichsjugendtag aus 37 Vereinen 128 Genosseninnen und 248 Genossen, zusammen also 376 Teilnehmer. Aus der Parteilandsammlung sind 1604 Mann an 30 Vereine zur Unterstützung mittellose Jugendlicher gegeben. Es fahren also rund 75 Jugendenonnen und -Genossen frei zum Jugendtag. Mit dem gleichen Sonderzug werden noch befördert die Bezirke: Württemberg mit 200 Teilnehmern, Bessen-Darmstadt mit 180 Teilnehmern, Pfalz-Saar mit 100 Teilnehmern, Groß-Brandenburg mit 200 Teilnehmern; zusammen 680 Teilnehmer.

Wehr als tausend Jugendtagsbesucher werden in einem geschlossenen Zuge heute abend aus den süddeutschen Bezirken in Hamburg eintreffen, bei der großen Entfernung Hamburgs sicher ein hervorragender Erfolg.

Festschrift zum Hamburger Reichsjugendtag
Im Arbeiterjugendverlag ist ein Doppelheft der „Arbeiterjugend“ als Festschrift zum 4. Deutschen Arbeiterjugendtag in Hamburg erschienen. Das zweite Heft ist vorzüglich ausgestattet und enthält eine Fülle von guten Aufsätzen, die die Teilnehmer des Jugendtages vertraut macht mit den Schönheiten und der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der Welt Handelsstadt. Eingeleitet wird das Heft mit einem wichtigen Gebicht von Hermann Claudius. Dann folgen: „Stadt Hamburg an der Elbe Auen“, von S. Subrbier, Hamburg als Stadt der Sozialdemokratie, von G. Leuterich, Die Stadtrepublik, von A. Ferner, Die weltwirtschaftliche Bedeutung Hamburgs, von A. Schult, Von Hamburger Dichtern, von Emil Krause, Etwas vom Heine-Denkmahl in Hamburg, von Max Westphal, Hamburger Kunst, von R. Göhe, Old-Stadt, Gedicht von Alfred Thiele, Hamburg und der Hanseband, von C. A. Sellmann, Wie der Hamburger spricht, von S. Subrbier. Dieser Teil ist auch reich illustriert. Neben charakteristischen Bildern aus dem Hamburger Stadtbild finden wir bekannte Hamburger Dichter, wie Büchners, Dehmels und Claudius. Auch alte fahrende Hamburger Sozialdemokraten sind im Bild festgehalten. — Der zweite Teil des Heftes enthält Beiträge führender Mitglieber der Bewegung über die Bedeutung und den Sinn des Hamburger Jugendtages. Zum Schluß führt die Schrift ihre Leser in die Hamburger Seide und in das Ferienlager Puan Kent auf Ost.

Das Heft bietet nicht nur den jugendlichen Teilnehmern am Jugendtag die Möglichkeit, sich schon vorher eingehend über Hamburg zu informieren, es bringt auch viele Anregungen für die erwachsenen Freunde der Jugend, die nur im Geiste Anteil nehmen an den Festungen der Jugendlichen für ihre Fahrt nach Hamburg. Der Arbeiterjugendverlag, Berlin, S.W. 61, Belle-Alliance-Platz 8, wird die Postnummer der „Arbeiterjugend“, die 40 3 kostet, noch als besondere Beilage in einem wirkungsvollen Umschlag herausbringen und sie zum Preise von nur 50 P. vertreiben.

Arbeiter-Abfahrter-Bund „Solidarität“, Gau 22.
Kommanden Samstag und Sonntag, den 8. und 9. August, hält der Gau auf dem schön gelegenen Festplatz in Speyer a. Rh. sein Gau-Meisterschaftsfahren ab. Die im Frühjahr als Besitzmeister hervorgegangenen Mannschaften im Herren- und Reigenfahren werden sich nun in Speyer gegenüber stehen und um die Gaumeisterschaft kämpfen. Die Besitzmeister von Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pfalz, Ludwigshafen, Kaiserslautern, Saarbrücken und Trier treffen schon Samstag in Speyer ein. Ihnen zu Ehren findet, am Samstag abend in der Festhalle ein Festbankett statt. Die besten Kunstfahrer, Turner, Sänger und Athleten werden ein das Publikum aufreißendes Programm vorführen. Sonntag früh 7 Uhr ist Start der Besitzmeister im Straßenfahren. Es werden 20- und 50-Kilometer-Einzel-, 50-Kilometer-Mannschafts- und 6x1000-Meter-Streckenfahrten ausgefahren. Die Rennstrecke ist Speyer, Dudenhofen, Bahnhöfen, Parkhäuser, Schwemmenheim, Speyer. Start und Ziel ist Tafelsbrunnen Speyer. Am 9. August beginnt das Reigenfahren und die Radball-Kämpfe. 21 Mannschaften aus der Pfalz, Saar, Rheinhessen und Baden werden sich um die Gaumeisterschaft bewerben. Da wohl eine jede Mannschaft befreundet sein wird, nur das Beste zu zeigen, wird der Verlauf für das Publikum sehr interessant sein. Um 12 Uhr ist Ausstellung zum Kopf am St. Guido-Platz in Speyer. 1 Uhr Abmarsch durch die Hauptstraße nach dem Festplatz. Nach Ankunft dorthin wird von den Mannschaften Mannheim, Ludwigshafen, Karlsruhe, Bilibi, Sandhofen und Biebrich ein Massenrennen vorgesetzt. Anschließend Entscheidungsläufe im Reigenfahren und Radballspiel, Auftritte der Kunstfahrer-Gruppe „Benjamin und Frau“, 6 Uhr Rekrutatschennantgabe. — Arbeiter, Beamte und Angehörige, Bundesgenossen von Stadt und Land! Kommt zu dieser Veranstaltung und leht Euch die Leistungen der Arbeiterradler an. Alle werden einen genussreichen Tag erleben. P. B.

Veranstaltungen des heutigen Tages
Wiener Operette im Konzerthaus: „Die Frühlingsfeier“, 7½. Stadtaarten: Konzert des Musikvereins Karlsruhe, 8—10½. Kaffee Deon: Künstler-Konzert mittags und abends. Palast-Bühnen: „Die weiße Schwan“. Exzellenz Künstlerpiele: Jeden Abend 8½ Uhr Kabarett mit Künstlerspielen in seinem Stil. Kaffee Bauer: Konzert nachmittags und abends. Techn. Gesellschaft: Ausstellung „Der Zahnarzt“ (mittags 12 bis abends 8 Uhr, Eintritt frei). Gesellschaft „Grüner Baum“: Erdbeichhof täglich „Die lustigen Rheinländerinnen“. Weltkino: „Berrat“, „Moderne Dichter“.

Stadtbuchauszüge der Stadt Karlsruhe
Sterbefälle. Christian Hofel, 73 Jahre alt, Schumachermeister, Witwer. Luise Birklin, 77 Jahre alt, Witwe von Erzelens Dr. Albert Birklin.

Knorr Suppenwürst
gibt gute Suppen für billiges Geld.

Höchstleistung



12⁵⁰

Schuhhaus R. DANGER

Kaiserstraße 161, Ecke Ritterstraße

Schuhhaus „Prophet“

Kaiserstraße, Ecke Lammstraße.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

Ein Posten preiswerte

MERCEDES-

Stiefel und -Halbschuhe

Elegante braune Boxcalf-Herren-Schnürstiefel	12 ⁵⁰
weiß, ringgedoppelt	nur
Herren-Boxcalf-Schnürhalbschuhe	12 ⁵⁰
schwarze, elegante moderne Form	nur
Damen-Spangenschuhe mit zwei Knöpfen	12 ⁵⁰
spitze runde Form	nur
Damen-Schnürhalbschuhe	12 ⁵⁰
spitze runde bequeme Form	nur
Resiposien	
Braune Damen-Boxcalf- u. Chev.-Spangenschuhe	12 ⁵⁰
	nur

— Solange Vorrat. —

Unterhaltung und Belehrung

Nelle der Eroberer

Von Martin Andersen Nexé

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

„Die Sache ist ja auch die, daß ein Mann den Witwenhand jätt kriegen kann,“ begann Lasse von neuem, gab es anstellte, ging er rund um die Sache herum und konnte nirgends seinen Haken einhängen — und nun fing Kongstrup wieder an zu lesen. Eine noch so kleine Frage von ihm hätte mitten in das Ganze hineinführen können; aber er pfropfte nur den Mund voll und taute so recht breit.

Lasse war äußerlich niedergeschlagen und inwendig wild, er stand da und schaute sich an zu gehen. Nelle glotzte die Bilder und die alten, glänzenden Mahagonimöbel an, er bildete sich seine Ansicht über alles.

Da ertönten die energischen Schritte durch die Stuben — man konnte sie ganz von der Küche herauf verfolgen. Kongstrup bekam ein wenig Leben in die Augen, und Lasse richtete sich auf.

„Sicht ihr beide da?“ sagte Frau Kongstrup auf ihre bestimmte Weise, die von so viel Fürsorge zeugte — „aber ich seht euch doch hin. Warum hast du ihnen keinen Studi angeboten, Vater?“

Lasse und Nelle setzten sich, und Frau Kongstrup nahm Platz neben ihrem Mann, den Arm auf seine Kopflehne gestützt. „Wie geht es dir, Kongstrup — hast du ein wenig gearbeitet?“ fragte sie teilnehmend und wupfte an seiner Schulter. Kongstrup murmelte etwas vor sich hin; es konnte ja und nein bedeuten und auch nichts.

„Und was wollst ihr beide denn? Habt ihr Geld nötig?“ „Ne — es ist der Jung' da — er soll abgewiesen werden,“ antwortete Lasse gerade heraus. Der Herrin gegenüber wurde man ebenso klar und bestimmt wie sie.

„Sollst du abgewiesen werden?“ rief sie aus und sah Nelle wie einen alten Bekannten an. „Was hast du denn getan?“

„Ach, ich hab' dem Vater seinen Sohn mit dem Fuß angehoben.“

„Warum hast du das denn auch getan?“

„Weil er nicht vor den Tauschschlägen stehen wollt' und sich an die Erde schmied.“

Frau Kongstrup lachte und puffte ihren Mann in die Seite:

„Um, ja freilich — aber was hat er dir denn getan?“

„Er hat schlecht von Vater Lasse gesprochen.“

„War es sehr schlimm, was er sagte?“

Nelle sah sie fest an — sie musste auch jeder Sache auf den Grund fahnen. „Ich sag' es nicht!“ erklärte er sehr bestimmt.

„Nun ja! — Aber dann können wir uns ja der Sache nicht annehmen.“

„Denn will ich es man lieber sagen,“ fiel ihr Lasse in die Rede. — er hat mich Madam Olsen ihr Rebsweib genannt — nach der biblischen Geschichte, denk ich mir.“

Kongstrup lachte widerstrebend, als wenn ihm jemand etwas Schlimmes ins Ohr geflüstert hätte und er nicht dagegen an könne. Seine Frau war ganz ernsthaft. „Ich werde das wohl nicht!“ sagte sie und legte ihre Hand dämmernd auf den Arm ihres Mannes. — „Lasse muß die Sache erklären.“

Das bezieht sich darauf, daß ich mit Madam Olsen aus dem Dorf verlobt war, die alle für eine Witwe hielten — und sie kam ihr Mann ja zu neuem zu Haus. Und da haben sie mich hier in der Umgegend will den Spottnamen angehaßt, kann ich mir denken.“

Kongstrup hielt wieder mit seinem verhaltenen Lachen an. Lasse sah da und zwinkerte ganz unaufrichtig mit den Augen.

„Rehmt euch einen Auchen!“ sagte Frau Kongstrup sehr laut und schob ihnen die Schale hin. Da schmeckte Kongstrup; er lag da und verfolgte ihren Griff in die Auchenpfähel mit aufmerksamen Augen.

Frau Kongstrup sah neben ihm und rief eifrig mit dem Mittelfinger gegen die Tischplatte, während sie kauten. „Und wurde der gute Pelle rasend und schlug um sich?“ fragte sie plötzlich. In ihren Augen prillte ein Feuer.

„Ja, das hatt' er ja natürlich nicht tun sollen,“ antwortete Lasse klugend.

Frau Kongstrup sah ihn mit großen Augen an.

„Ne, denn so 'n armer Bengel ist bloß dazu da, daß die anderen auf ihn losbaden.“

„Ich mag nun freilich den Vogel am liebsten, der wiederhakt und das Rest verteidigt, so armelig es auch ist. — Na ja, man muß sich einmal jeben! — Und er soll konfirmiert werden, der Jung' da? Ja freilich, das ist ja wahr — wie hab' ich nur so verachtt sein können! Dann wird es wohl Zeit, daß wir an den Staat denken.“

„Da sind wir auf einmal zwei Spritzen los!“ sagte Lasse, als sie wieder unten im Stall gingen. „Aber hast du woll bemerkt, wie fein ich es sie verleben ließ, daß du konfirmiert werden sollst? Es war beinahe so, als wenn sie von selbst abgenommen wär.“

„Nun wirst du so fein in Zeug wie ein Hahn, die wissen, was dazu gehört, wenn sie erst einmal den Sack mit Geld aufgemacht haben. — Na, haben sie die ganze Welt ins Gesicht getriegt, aber was zum Teufel — sie sind ja doch auch man Menschen. — Wenn einer man frei macht,“ Lasse konnte den erfolgreichen Ausfall gar nicht wieder verhehlen.

Nelle ließ den Alten prahlen. „Glaubst du, daß ich auch Beherrschung von ihnen krieg?“ fragte er.

„Ja, die kriegt du! Und am Ende geben sie dir auch ein paar Konfirmationschmaus. Ich sag' sie, aber die Frau, die hat ja das Ganze auf Händen, darüber könnt'n wir uns freuen. Hast du woll bemerkt, daß sie wir sagte — wir wollen, wir haben und ja was — in einem Fort? Sie ist fein, auf! Denn er liegt da ja bloß und trilt und überläßt ihr das Ganze. Wie gut er es doch hat! Ich glaub', sie könnt' durch

das Feuer springen, um ihm einen Gefallen zu tun. Aber das Kommando, das hat sie, weiß Gott! — Na ja, wir woll'n leinem nichts Schlechtes nachsagen; gegen dich ist sie ja, als wenn sie deine eigene Mutter wär.“

Frau Kongstrup sagte nichts über den Ausfall ihrer Fahrt zum Pfarer — sie pflegte nicht lange über eine Sache zu reden. Aber Lasse und Nelle traten wieder sicher auf; wenn sie sich mit einer Sache abgab, war sie von vornherein in Ordnung.

Noch in derselben Woche kam der Schneider eines Morgens mit einer Schere, der Elle und dem Biegelisen angehängelt; Nelle mußte in die Gefindestube hinunter, und da wurde ihm Maß genommen, die Kreuz und Quer, als wenn er ein Preissoch wäre. Bis dahin waren ihm seine Sachen immer so aufs Geratewohl genügt. — Es war etwas ganz Neues, daß da wandernde Handwerker auf Steinhof waren; seit Kongstrup am Ruder war, hatten weder Schneider noch Schäfer ihren Fuß in die Gefindestube gesetzt. Dies hier war gute alte Bauernsitten, die Steinhof wieder auf alten Fuß mit den anderen Höfen stellte; die Leute freuten sich darüber; so oft sie konnten, waren sie unten in der Gefindestube, um da unten Luft zu schöpfen und eine von des Schneiders Längenschnitten anzuhören. „Nu hat die Frau das Regiment!“ sagten sie zueinander; in ihrer Hand floß gutes, altes Bauernblut, sie führte alles zu dem guten Alten zurück. — Nelle ging wie ein feiner Herr nach der Gefindestube; er probierte mehrmals am Tage an.

Er probierte zwei ganze Anzüge an, der eine war für Rud, der auch konfirmiert werden sollte. Das war wohl das Letzte, was Rud und seine Mutter hier vom Hofe bekamen. Frau Kongstrup hatte es durchgesetzt, daß ihnen ihre Hütte zum Mai geflücht war. Auf Steinhof wollten sie nie mehr ihren Fuß zu setzen. Frau Kongstrup sorgte selbst dafür, daß sie bekamen, was ihnen zustand; aber sie gab kein bares Geld, wenn sie es vermeiden konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Frau und die Presse

Die Stellung der Frau zur Presse ist zweierlei Art: Einmal sieht die Frau heute in aktiver Stellung bei der Presse, sie selbst mitgestaltend, zum anderen stellt sie rein passiv und den Inhalt der Presse aufnehmend einen großen Teil der Leser dar. In zwei Etappen hat sich die Stellung der Frau zur Presse grundlegend geändert: beim Beginn der modernen Frauenbewegung und beim Eintritt der Frau in die Politik. Bis die Frauenbewegung als kultureller Kampf zur zeitlichen Befreiung der Frau einsetzte, waren die Interessen der Frau in der Presse gar nicht vertreten. Die Frau ging für die Presse unter im Publikum, das unterhalten sein wollte, das zu Modetipps und zum Roman griff. Die Mode und die Romane wurden von den Männern gemacht, und bis heute wird noch der größte Teil der für die Frauen bestimmten Zeitschriften von Männern geleitet. Selbst auf dem weitesten Gebiete der Frau, der Mode in ihrer Propaganda in der Presse war sie nahezu ohne jeden Einfluß.

Als sich die Frau mit Beginn der Frauenbewegung aus ihrer scheinbaren Negativität löste, wendete auch die Stellung zur Presse. Die Frau schuf sich eine eigene Presse als Sprachrohr ihres zeitlichen Befreiungskampfes. Die Einzelkämpferin änderte sich aber zunächst, von einem kleinen Kreis abgesehen, grundlegend sehr wenig. Die Veränderung vollzog sich erst unter dem Einfluß der zunehmenden Industrialisierung der Volkswirtschaft, durch die die Frau in den Produktionsprozess gedrängt wurde. Die praktische Arbeit hat die Frau aus ihrer bisherigen Stellung als Ehefrau und Mutter zwar nicht heraus, sie erweiterte aber den Pflichtenkreis um ein gewaltiges und erst später kamen zu den Pflichten allmählich auch Rechte. Die Anfänge zur Erringung dieser Rechte finden sich zwar im Frauenstimmrecht, aber erst als die Wirtschaft die Frau in die Selbstständigkeit zog, wurden auch die Voraussetzungen für die Teilnahme der Frau an der Politik und damit am Gesamtinhalt der Presse geschaffen. Die Sozialdemokratie war es, die im Jahre 1891 im Erfurter Programm die volle Gleichberechtigung der Frau auch auf politischen Gebiete forderte.

Mit der wirtschaftlichen Umgruppierung der Frau änderte sich auch ihre Stellung zur Presse. Es blieb zwar immer noch ein kleiner Kreis, der über den Roman, den Modetipps und die Lokalnachrichten hinaus die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Vorgänge in der Presse verfolgte. Dieser kleine Kreis setzte sich hauptsächlich zusammen aus den wenigen Frauen, die aktiv in der bürgerlichen Frauenbewegung und damit auch im politischen Leben standen. Für die breite Masse der weiblichen Bevölkerung wirkte sich der wirtschaftliche Umschwung, der die Frau in Berufsangabe, nur sehr langsam aus ihrer Stellungnahme zur Presse. Selbst die Revolution, die der Frau das Wahlrecht brachte, hat keine allzu umwälzende Veränderung in der Stellungnahme der Frauen zur Presse gebracht. Das läßt sich erklären. Die Frau ohne lange politische Schulung, ohne eine andere Einstellung zur Wirklichkeit als die des reinen Eristenkampfes, muß das Wahlrecht erst in n e r t i g erobert und damit zu einer Selbstverständlichkeit erheben.

Sinnlos wäre es, die Forderung aufzustellen, die Presse dem Verständnis der Frau näher zu rücken. Vielmehr muß die Politik, d. h. das öffentliche Leben, mit dem Geiste der Frau mehr durchdrungen werden und dann wird auch die Presse von selbst ein anderes Antlitz bekommen. Ein radikaler Uebergang kommt hier nicht in Frage, das muß sich vielmehr auf dem Wege der Entwicklung von selbst ergeben.

Lucy Dörre.

„Der Zahnarzt“ — „Unsere Zähne“

Zu dem Artikel vom Samstag, den 1. August wird uns vom Genossen Zahnarzt Ernst Cohn geschrieben:

„Die Bemerkung des Reichsverband Deutscher Dentisten, daß die Ausstellung der Zahnarzt in Karlsruhe ein Konkurrenzunternehmen für die im September hier stattfindende Ausstellung der Dentisten „Unsere Zähne“ darstellen sollte, ist vollständig vollkommen unrichtig. Zunächst ist zu bemerken, daß die deutschen Zahnärzte schon vor Jahren ähnliche Ausstellungen veranstaltet haben, wie sie heute in Karlsruhe stattfindet. Schon im Jahre 1909 fand anlässlich des 5. internationalen zahnärztlichen Kongresses im Berliner Reichstagsgebäude eine groß angelegte Ausstellung statt, die einen Gesamtüber-

blick über alle Gebiete der Zahnheilkunde gab. Im Jahre 1911 beteiligten sich die Zahnärzte nicht unwesentlich an der großen Hygiene-Ausstellung zu Dresden. Mit Recht können also die Zahnärzte die Behauptung der Dentisten zurückweisen, zuerst den Gedanken für eine derartige Ausstellung in die Tat umgesetzt zu haben.“

Zu dieser Nichtteilnahme des Genossen Zahnarzt Ernst Cohn sei zunächst bemerkt, daß seine einleitenden Worte, „Die Bemerkung des Reichsverb. Deutscher Dentisten“, also die Vermutung, der Artikel ginge von Seiten der Dentisten aus, nicht richtig sind. Der Reichsverband Deutscher Dentisten hat in unserem Artikel „Der Zahnarzt“ — „Unsere Zähne“ gar nichts „bemerk“; er steht jenem Artikel vollkommen fern. Der Artikel wurde geschrieben auf Grund ganz offenkundiger Tatsachen, auf die nochmals einzugehen jetzt keinen Zweck hat. Die Nichtteilnahme des Genossen Cohn vermag unsere einwandfreien Feststellungen nicht abzuschwächen, nämlich daß die Ausstellung „Der Zahnarzt“, die ganz plötzlich hier in Karlsruhe auf der Bildfläche erschien, nachdem schon monatelang bekannt war, daß im Spätjahr der Reichsverband der Dentisten seine große Ausstellung „Unsere Zähne“ in Karlsruhe veranstalten würde, lediglich nach Karlsruhe verlegt wurde, 4 Wochen vor der Dentisten-Ausstellung, um dieser letzteren Ausstellung Abbruch zu tun. Wir können allerdings heute schon feststellen, daß diese Absicht der Zahnärzte mißlungen ist.

Bemerkten wollen wir aber noch, daß von Zahnärzten selbst während der verflorenen Ausstellungswoche wiederholt betont wurde, dies sei die erste Ausstellung dieser Art. Na also!

Wenn Gen. Zahnarzt E. Cohn in einem weiteren Teil seiner Zuschrift, den wir aber, weil nicht zur Sache gehörend, nicht wiedergeben u. a. bemerkt, daß allein die Zahnärzte berufen seien, die zahnärztliche Sanierung des deutschen Volkes in die Hand zu nehmen, so haben wir vor dieser Selbsthochachtung des eigenen Berufs ja alle Hochachtung; aber mit dieser Selbsthochachtung allein ist es halt nicht getan. Es gibt nämlich noch jemand, der in dieser Sache ein gemächliches Wort mitsprechen hat. Und das ist die verehrliche Patientenschaft. Und der wird man es wohl eher überlassen müssen, von wem sie sich ihre Zähne „sanieren“ lassen will. Wir glauben aber sicher von dem, — zu dem sie das meiste Vertrauen hat. h. w.

Bücherchau

Prof. Dr. Maxer: Laßalles Weg zum Sozialismus. Im Verlag J. S. W. Dieb Kachf., Berlin ist unter diesem Titel die Festschrift im Druck erschienen, die Prof. Gustav Maxer zum 100. Geburtstag Laßalles in der Geburtsstadt des großen Volkstribunen gehalten hat. In knappen Zügen und schlagender Sprache entwirft der verdienstvolle Herausgeber von Laßalles nachgelassenen Briefen und Schriften ein anschauliches, klugvolles Bild von dem Weg, der den jungen Handwerker, neugeboren aus dem Geiste Hegelscher Philosophie, zum Sozialismus führte. Wir möchten diese Schrift besonders empfehlen und nachdrücklich auf die Stellen verweisen, an denen von Laßalle gesagt wird, er habe immer wiederholt, daß die Befreiung und Aufrüstung nur das Werk der Arbeiterklasse sein könne, daß aber für dieses hohe Ziel zu wirken, nur fähig und würdig sei, wer an sich selbst die höchsten Anforderungen stelle. Und würdig schließt der Verfasser, wenn er sagt, wir können Laßalle nicht besser ehren, als indem wir uns gebend, im Geiste seines hohen Idealismus, jeder an seiner Stelle dafür zu arbeiten, daß die deutsche Arbeiterklasse streng und anpruchsvoll über die Reinheit ihrer Gesinnungen und die Tadellosigkeit ihrer Handlungen wacht.

Die Rohstofffrage der Wirtschaftsgesundung. Von Dr. Georg Berger, Berater der Volkswirt des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum. Heft 3 der von Ernst Dietrich herausgegebenen Schriftenreihe des „Stur“. Preis 50 J., 10 Bände 4 M. Im Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Weißensee. Der Verfasser behandelt die Frage der Wichtigkeit der Rohstoffversorgung für jedes Volk, veranschaulicht die furchtbaren Verluste der deutschen Volkswirtschaft infolge des Friedensvertrages von Versailles, legt dar, wie Deutschland immerhin noch Kohlen- und Kalksteine verbilchen und beschliffen sich damit, inwiefern die auch in Deutschland hergestellten Leichtmetalle einen gewissen Ersatz für verlorene Erzkuben bieten können. Die sehr klar und wirksam geschriebene Broschüre freilich schließlich nach der Zusammenhänge, der zwischen dem Rohstoffreichtum eines Landes und der Höhe der Lebenshaltung seiner Bevölkerung besteht.

Anekdoten aus England

Ein Britte verstand, nachdem ihm das Todesurteil gesprochen war, folgende Einladungen: „Morgen, den vierten dieses, werde ich gehebt und bitte um die Ehre Ihrer Gegenwart.“

Renolds war ein Doyer der Gewohnheit geworden, er konnte kein Bildnis mehr malen, das den Porträtierten nicht mit dem Hut unter dem Arm zeigte. Einst malte er das Bild eines Seemanns, der die Röhre durchaus auf dem Kopf behalten wollte. Renolds sah schließlich nach, doch im Eifer der Arbeit verfiel er in die alte Gewohnheit, und so hatte der Kapitän schließlich noch einen Hut unter dem Arm.

Ein reisender Engländer kam einmal, so weiß Vitaval zu erzählen, nach Spanien und ließ sich das berühmte Kloster el Escorial zeigen. Da es ein sehr vornehmer Engländer war, so führte ihn der Abt in eigener Person. „Dieses Kloster“, sagte der Abt, „ließ König Philipp der Zweite erbauen, um ein Gelübde zu erfüllen: Er wollte, hatte er gelobt, das Kloster stiften, wenn Gott ihn in der Schlacht von St. Quentin würde siegen lassen.“ „God's heaven, Ehrwürdiger Vater“, sagte der Engländer, „was muß der König für eine Angst gehabt haben, um so ein großes Gelübde zu tun!“

Im 18. Jahrhundert, als in England das Strohkrautwesen blühte, wurde Lord Berkeley in der reichlichsten Houns-low-Heide überfallen. „Endlich habe ich Sie, Mylord“, sagte der Räuber, „haben Sie sich nicht gerührt, Sie würden sich niemals berauben lassen?“ „Das würde ich auch nicht“, entgegnete der Lord, „wenn Sie nicht noch den Kerl mit hätten, der Ihnen über die Schulter sieht.“ Der Räuber drehte sich um und wurde in diesem Augenblick vom Lord abgeschossen.

Wir entnehmen diese Anekdoten dem 17. Heft der „Großen Welt“. Es ist für M. 1.50 überall zu haben, oder direkt zu beziehen durch die Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H., Leipzig, Johannisastraße 8.

Badischer Landtag

46. Sitzung.

h. v. Karlsruhe, 6. August.

Nach der gestrigen Berichterstattung des Abg. Kaulsch über den

Anttrag Rieger

soll nun heute die Debatte beginnen. Da jedoch eine umfangreiche Aussprache zu erwarten gewesen wäre, so daß dann keine Aussicht mehr bestanden hätte, daß der Landtag mit seinen Arbeiten bis Freitag Abend fertig geworden wäre, kam im Haushaltsausschuß eine Einigung zustande, daß der Antrag im Plenum nicht behandelt werden sollte, das Zentrum seinen Standpunkt jedoch in einer Erklärung niedertelegen könne. Diese Erklärung wurde vom Abg. Rieger verlesen. Danach steht das Zentrum noch heute auf dem Standpunkt des Anttrags Rieger; die Zentrumsfraktion aber der festen Ueberzeugung, daß nur auf dem vorerwähnten Wege das Ziel einer geordneten Fürsorge erreicht werden kann. Der Vorwurf parteipolitischer Erwägungen wird als objektiv unmaßgeblich zurückgewiesen. Das Zentrum ist der Auffassung, daß die Frage der Fürsorge mit dem Schicksal unserer ganzen inneren Staatsverwaltung im Zusammenhang steht. Da jedoch alle diese Fragen nicht mehr in der nötigen Weise in diesem Landtag zur Beratung gelangen können, sieht das Zentrum seinen Antrag zurück, behält sich aber vor, den Antrag im nächsten Landtag erneut einzubringen. — Der Antrag, über den schon so viel geredet und geschrieben wurde, ist somit für diesen Landtag erledigt.

Die Denkschrift des Ministers des Innern über die Regelung des Polizeiwesens in Baden wird zur Kenntnis genommen.

Gesuche

Bereinigung der Gemeinde Prägg mit der Ortsgemeinde Serrerschwand. Abg. Martin berichtet, Prägg weigert sich, Serrerschwand einzuverleiben, weil dieses eine arme Gemeinde sei. Der Bezirksrat Schopfheim billigte die Vereinigung beider Gemeinden. Der Berichterstatter beantragte namens des Rechtsfachausschusses Uebertragung zur Tagesordnung. Das Haus beschließt ohne Debatte demgemäß.

Bereinigung der Gemeinde Grobinderfeld mit der abgeordneten Gemarlung Hof Baieral. Berichterstatter Abg. Berkle. Die Regierung hat die Vereinigung dieser beiden Gemarlungen angeordnet; eine Beschwerde an das Staatsministerium wurde abgewiesen, worauf sich beide Gemeinden an den Landtag wandten. Der Ausschuss beantragt, über beide Gesuche zur Tagesordnung überzugeben. So wird auch beschlossen.

Die Lage der Schutzpolizei. Abg. Weismann berichtet über ein Gesuch des Verbandes der Polizeibeamten Badens, das verlangt, daß das Reichsgesetz über die Schutzpolizei der Länder bis zum 31. Dezember 1923 außer Kraft gesetzt werde. Dieses Gesetz steht der Verbesserung und Regelung der Rechtsverhältnisse der Polizeibeamten hemmend gegenüber. Der Ausschuss beantragt Ueberweisung der Einlage an die Regierung zur Kenntnisnahme, da es sich zunächst um ein Reichsgesetz handle, auf das der Ausschuss keinen Einfluß habe. Der Antrag wird gegen zwei Stimmen der Kommunisten angenommen.

Einlage einzelner Einwohner Weinheims betr. die Änderung der Bestimmungen über den Wählerausweis. Die Einlage wendet sich gegen die Aufhebung des Wählerausweises in Gemeinden über 10 000 Einwohnern, die verlangt Rückgabe des Wählerausweises in Gemeinden bis zu 40 000 Einwohnern. Nach dem Bericht des Abg. Rieger wird der Antrag der Regierung als Material überwiesen. Die Kommunisten enthalten sich der Stimme.

Einige Gesuche und Anträge, die die Denkschrift über die Unterhaltung des badischen Landstraßennetzes, die Meliorationsarbeiten und die Verbesserung der Landstraße Nr. 5 zwischen Welsheim und Scheffeln betreffen, werden nach den Anträgen des zuständigen Ausschusses erledigt.

Gesuchentwurf über die Veränderung des Besoldungsgesetzes. Das Besoldungsgesetz vom 26. Juni 1923 soll dahin geändert werden, daß die Obersekretäre unter bestimmten Voraussetzungen von der Gruppe 7 nach der Gruppe 8 versetzt werden können. Ohne Debatte wird nach Berichterstattung durch Frau Abg. Niesel das Gesetz angenommen. Der Landtag enthält sich der Stimme.

Im Anschluß an diesen Gesuchentwurf wird nachträglich eine Petition des Nachtragsantrags, Abteilung Ministerium des Kultus und Unterrichts erledigt, wonach nun nach Annahme obigen Gesetzes 200 Sanitätsreferentien von Gruppe 7 nach Gruppe 8 versetzt werden.

Eine längere Debatte entspann sich bei der Verabschiedung einer Petition des Nachtragsantrags, Abteilung Staatsministerium, Schaffung der Stelle eines Direktors des Staatsministeriums, Schaffung der Stelle eines Direktors des Staatsministeriums. Der Haushaltsausschuß beantragt die Erhebung der Stelle; von Zentrumseite wird Genehmigung beantragt. — Abg. Dr. Hofner beantragt schließlich, diese Petition auszuführen bis nach Erledigung des nächsten Punktes der Tagesordnung, welchem Antrag zugestimmt wird.

Die Beamtenpetitionen

Ueber die 6 Anträge und 58 Petitionen betr. die Anstellung, Beförderung und Besoldung der Beamten erlatet Abg. Dr. Hofner den Ausschussbericht. Der Ausschuss hat erkannt, daß es bei der dem Landtag noch zur Verfügung stehenden Zeit ein Ding der Unmöglichkeit wäre, alle Anträge und Petitionen mit der nötigen Sorgfalt und Gründlichkeit zu behandeln. Die Regierung hat jedoch erklärt, daß die einzelnen Ministerien vor der Aufstellung des Staatsvoranschlags 1926/27 prüfen werden, ob und inwieweit die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse der Beamten verbessert werden können. Diese Erklärung sei kein Trost. Der Haushaltsausschuß hat sich deshalb auf folgende Erledigung der Anträge und Petitionen geeinigt:

1. die Beamten-Petitionen der Regierung zur Kenntnisnahme in dem Sinne zu überweisen, daß sie entsprechend der in der Sitzung des Haushaltsausschusses abgegebenen, Regierungserklärung vor Aufstellung des Staatsvoranschlags für die Jahre 1926/27 prüfen möge, ob und inwieweit die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse der Beamten verbessert werden können.
 2. die auf die Verbesserung der Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse der Beamten bezüglichen Anträge durch die Beschlußfassung zu Ziffer 1 für erledigt zu erklären.
 - Der Ausschuss hat diesen Antrag mit 10 gegen 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. — Abg. Höhr (Str.) bedeutet, daß die Petitionen nicht zur Beratung haben können, das Zentrum himme aber dem ersten Teil des Antrags.
- Abg. Mater-Heidelberg (Sos.): Dass Diözesan-Präsidenten zu. (Abg. Mater-Heidelberg (Sos.): Das Wahlverste wird eben angefangen, zu fassen!!) Es seien Gesuche dabei, die 9 Monate alt sind und die inzwischen hätten erledigt werden können. Den zweiten Antrag des Antrags lehne das Zentrum ab. —

erklärt, daß er von seinem Zwischenruf, daß das Wahlverstehen getoht werden solle, nichts zurücknehme. Die Zentrumsfraktion ist so stark, daß sie die Beratung ihrer Wünsche hätte erzwingen können. Ein Vorwurf gegen den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Abg. Marum, ist zurückzuweisen. Die Reichstagswahlen, der Tod des Reichspräsidenten, die zwei Reichspräsidentenwahlen, das sind die Vermungen, die den Landtag an seiner gerechten Arbeit hindern.

Auch der Verlauf der Dinge im Reich sieht eine Einberufung des Plenums nicht anständig erscheinen. Und dann war es doch auch gerade der Finanzminister, der dem Zentrum angehört, der erklärte, es habe alles seinen Zweck, es habe seinen Wert, Beschlässe zu lassen, denn er habe kein Geld. Bei- der Spektakel wäre entstanden beim Zentrum, wenn wir den Finanzminister in der Zeit angegriffen hätten, wie es seine eigene Partei in den letzten Tagen tat. Auch wir hätten verchiedenen künftigen Wünschen Rechnung getragen, so beson- derlich des Ministers in Ueberlingen und der Insel Reichenau, aber wir mühten uns bei beiden angesichts der kategorischen Er- klärung des Finanzministers, es sei kein Geld da. Selbst für die Tabaksteuerbekämpfung war kein Geld da. Wir sind genau so fest überzeugt davon, daß auf dem Gebiete der Beamtenbe- sohdung, Beamtenanstellung und -Beförderung, wie auch der Staatsarbeiter im nächsten Staatsvoranschlag manches getan werden muß. Es ist gestern wieder erklärt worden, daß die Staatsregierung es entschieden ablehnt, im Nachtrag des Staatsvoranschlags auch nur einen Pfennig ändern zu lassen. Wenn man den Beamten einen Dienst leisten will, dann darf man nicht eine einzelne Kategorie herausheben, oder einen einzelnen Mann, sondern man muß der Regierung alle Wünsche mit der gleichen Gefinnung überweisen. Wir müssen der Re- gierung mit einer gewissen Solidarität gegenüber treten und sie aufordern, ihre Pflicht den Beamten und Arbeitern gegen- über zu tun. (Beifall bei den Sos.)

Abg. Dr. Hofner weist ebenfalls den verletzten Vorwurf des Abg. Höhr gegen den Abg. Marum zurück. Wenn der Nachtrag zum Staatsvoranschlag so spät einlangt, so hängt dies doch auch mit der Arbeit des Reichstags zusammen. — Abg. Duffner (Str.) bezeichnet die Ausführungen des Abg. Mater- Heidelberg als unmaßgeblich. Mater habe sich zu Ungerechtigkei- ten hinreihen lassen. — Abg. Dr. Höhr (Str.) will natürlich den Vorwurf, daß er Wahlversuche betriebe, nicht gelten lassen. Herr Höhr brachte auch jetzt nochmals die Laftstapel auf, seine Angriffe gegen den Abg. Marum zu wiederholen und fortzusetzen, obgleich Marum nicht mehr anwesend ist. Bei Anwesenheit des Abg. Marum hätte wohl der Herr Höhr nicht den Mut gehabt, seine Angriffe zu erheben. Vornehm ist dieses Verhalten des geistlichen Abgeordneten nicht. Die Ver- teidigung des Innern Zentrumsgesandten war zwar etwas langsam, dafür aber äußerst ungeschickt und daneben unglücklich. — Abg. Dr. Mathes (D. Vp.) igadenfreut sich über den Zwist zwischen den Koalitionsparteien. Ein Teil der Vorlagen hätte früher behandelt werden können. Das „Wahlverste“ zu schieben, sei sonst das Vorrecht der Opposition, die Koali- tion habe also in die Rechte der Opposition eingegriffen (Sei- terfeit).

Abg. Mater-Heidelberg (Sos.) stellt fest, daß man auf Seiten des Zentrums verjuche, die Geschäftsfrage zu verschleiern. Es sei einfach unmöglich gewesen, sämtliche Petitionen der Beamten einzeln durchzubearbeiten. Präsident Dr. Baumgarten war es, der die Wünsche im Ausschuss zum Antrag formuliert; man war im Ausschuss der Auffassung, daß so wie dort auch im Plenum die Dinge behandelt werden sollen. Seit kommt aber der Abg. Höhr und will an nichts scheitern. Dieses Verhalten ist allzu sehr gegenüber den anderen Parteien. Es dreht sich doch darum, ob man glaubt, in 2 oder 3 Wochen die Peti- tionen zu erledigen, oder ob man der Ueberzeugung ist, daß technisch die Erledigung unmöglich ist. Kommt man zu letz- terer Ueberzeugung, dann soll man lokal sein und nicht hier wieder eine andere Haltung einzunehmen versuchen. Was die Förderung der Geschäfte im Haushaltsausschuß anbelangt, so muß festgestellt werden, daß Abg. Marum doch Meister in raschen Arbeiten ist. Die Auseinandersetzung hier wäre nicht nötig gewesen, wenn es der Abg. Höhr nicht beliebt hätte, das Zentrum aus den anderen Parteien heraus auf einen etwas höheren Schmelz zu heben. (Beifall und Zustimmung.)

Abg. Dr. Enler (Sos.) erklärt, daß in der sozialdem. Fraktion noch niemand einen Vorwurf gegen die Geschäftsfüh- rung des Präsidenten Baumgarten erhoben habe. Die Be- amtenwünsche können nur zusammenfassend und nur auf Grund einer Regierungsvorlage erledigt werden. Einzelwünsche her- vorzubehalten, führt immer zu Konsequenzen. Wir werden uns unsere Stellungnahme vorbehalten, wenn das Zentrum gegen den zweiten Teil des Antrags ist. Wenn Sie (zum Zentrum) Zeit haben, hier zu sitzen, so haben wir diese Zeit auch. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Minister und seiner Partei kommt es immer darauf an, wie diese Differenzen beseitigt werden. — Abg. Dr. Schofer (Zentr.) übernimmt nun die Führung im Kampf auf Zentrumseite, damit Herr Dr. Höhr keine weiteren Dummheiten mehr machen kann. Herr Schofer verstand es bestens, die Wogen zu glätten, die Debatte löste sich in ein heiteres Hin und Her, Hinüber und Herüber auf. Auch Abg. Dr. Mathes bekam einige freundliche Seitenhiebe, die dieser schmunzelnd quittierte. Bemerkenswert an den weiteren Ausführungen des Abg. Schofer war, daß er meinte, es müßten schlechte Parteiführer sein, die über solche Dinge, wie die hier zur Beratung stehenden, eine Koalition in die Brüche geben lassen wollten. — Nach weiteren Bemerkun- gen der Frau Abg. Niesel (Zentr.) verteidigt Abg. Hüfner (Sos.) nochmals den Abg. Marum gegen eine Bemerkung des Abg. Schofer. Wenn es Abg. Höhr wirklich ernst gewesen wäre, einen seiner Anträge zur Beratung zu bringen, dann hätte er es im Ausschuss oder hier im Plenum veranlassen können. — Die Debatte zieht sich immer weiter hin, es sprechen noch der Staatspräsident Dr. Hoffmann, Abg. Dr. Mathes (D. Vp.), Abg. Dr. Schofer (Zentr.). Der erklärte, daß seine Frak- tion nun nach den aufklärenden Mitteilungen des Staatsprä- sidenten, dem ganzen Antrag zustimmen werde. — Somit war also die ganze nahezu 2 Stunden währende Debatte, die un- schicklichen Auseinandersetzungen, der Arbeiter der Abg. Höhr war „für die Katz“, eine unnütze Zeitverdrödelung.

Der erste Teil des Antrags wurde hierauf einstimmig an- genommen. Bei der Abstimmung über den zweiten Teil des Antrags enthält sich ein Teil des Zentrums der Stimme.

Nach Ausführungen des Staatspräsidenten über die zu- rückgestellte Petition betreffend den Beamten des Staatsmini- steriums, dessen Aufklärung auf Antrag des Haushaltsaus- schusses geübt werden soll, wird der Antrag des Zentrums auf Genehmigung der Petition abgelehnt und der Antrag des Haushaltsausschusses auf Verlegung der Petition angenom- men, mit 27 gegen 21 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Am 12½ Uhr war endlich auch die Arbeit dieses Tages erledigt, die nächste Sitzung wird auf Freitag früh 8 Uhr an- beräumt.

Verlegung auf Anfang Oktober

Der Landtag wird nun doch nicht diese Woche mit seinen Arbeiten fertig werden. Es war ursprünglich geplant, am Freitag Abend unter allen Umständen Schluß

zu machen, selbst unter Zuhilfenahme von Nachsitzungen. Denn auch im Landtag herrscht — wie im Reichstag — die Auffassung, daß länger wie diese erste Augustwoche das Haus nicht beschlußfähig zu halten sei. Es war aber schon von vornherein bei einem auch nur oberflächlichen Ueberblick über die noch zu erledigende Arbeit klar zu erkennen, daß selbst bei einer noch so großen Kohlen- selbst bei Tag- und Nachsitzungen, dieser oder jener An- trag, dieser oder jener Gesuchentwurf zurückgezogen wurde, es ausgeschlossen war, bis Freitag Abend alles aufzu- arbeiten. Es set nur neben einigen wichtigen Inter- pellationen auf die beiden Gesuche betr. die Steuer- verteilung und betr. die Lehrerbildung hin- gewiesen.

Diese Auffassung der Unmöglichkeit, diese Woche mit den Arbeiten zu Ende zu kommen, verbreitete sich auch immer mehr unter den Mitgliedern des Hauses und es ist nun, wie wir hören, beabsichtigt, am Freitag den Landtag nicht zu schließen wie vorher, sondern zu ver- zögern. Und zwar sollen die Ausschüsse in den letzten Tagen des September zur Aufarbeitung des reichlichen Stoffes zusammenzutreten, während das Plenum Anfang Oktober einberufen werden soll. Die Sitzung soll dann nur wenige Tage dauern und hierauf soll definitiv Schluß gemacht werden.

Soweit die Pläne, wie sie in den maßgebenden Krei- sen des Hauses gehegt werden. Wie es nun bei der Schlußtagung im Oktober — im Wahmonat! — kommen wird, wird abzuwarten sein. Zum Glück ist der Wahltermin von der Regierung bereits festgesetzt. Der Landtag würde sonst sicher auch im Oktober mit seiner Arbeit nicht fertig werden. Die Tagung im Wahmonat wird sicher gewaltige Wahlereignisse bringen. Ob in der Wahlhose noch positive Arbeit geleistet werden kann, wird abzuwarten sein. —

Die Besetzung kommunaler Dienst- gebäude

Eine energische Entscheidung des preussischen Innen- ministers

In dem Streit um die Besetzung kommunaler Dienst- gebäude, der insbesondere durch die provokatorische Haltung des Potsdamer Magistrats hervorgerufen wurde, hat der preussische Minister des Innern, Severina, in ganz ein- deutiger Weise eine sehr energische Entscheidung gefällt. Der Minister weist in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten darauf hin, daß es der Einlieferung der Gebietskörperschaften in Staat und Reich entspricht, daß sie nur die neuen Reichsfarben führen dürfen. In der Besetzung mit den alten Reichsfarben durch diese Stellen steht der Minister nicht nur eine Befehlsverletzung, sondern eine Verletzung der früheren Reichsfarben, sondern eine bewusste und gewollte Mißachtung der schwarz-rot-goldenen Nationalflagge, die sich in gar keiner Weise, insbesondere nicht durch Berufung auf das Recht der Selbstverwaltung, rechtfertigen läßt. Das sind die Gründe, aus denen heraus der Minister sich entschlossen hat, unter keinen Umständen eine mißbräuchliche Verwendung der früheren Reichsfarben zu dulden.

Von den Wirtschaftskämpfen

Aus dem Baugewerbe

Berlin, 6. Aug. Die Unternehmer im Baugewerbe haben kürzlich in Hannover beschlossen, noch 14 Tage zu warten und dann die Generalauspererrung zu verkünden. Acht Tage vor W- lauf dieser Frist haben nunmehr die Berliner Bauunter- nehmer für Freitag, den 7. August, die Generalauspererrung in Großberlin in einem Kundbrief an ihre Mitglieder an- geordnet. Man weiß nicht, welchen Zweck die Generalausper- rung haben soll, da in Berlin ja sämtliche Bauarbeiter strei- ken und nur von ihnen freiwillig übernommene Notarbeiten ausgeführt werden. Man kann nur annehmen, daß die Bauunternehmer durch dieses Lustspiel ihren Kollegen im Reich das Maßkrat stellen wollen, damit sie Couraee bekom- men, in acht Tagen, die in Hannover beschlossene Generalaus- pererrung durchzuführen. Diese moralische Unterstützung scheint nach einem anderen Urteil der Berliner Bauunternehmer außerordentlich notwendig zu sein. In Berlin allein haben bisher rund 300 Betriebe mit rund 4000 Arbeitern die Forpe- rung der Arbeiter bewilligt. Es handelt sich hier nicht um ein kleineres Geschäft und von den Großen auch nicht um ein gewisses geschäftliche „Bauchhüte“, die allein 600 Arbeiter beschäftigt und die fortgesetzt neue große Bauaufträge erhal- ten. Das erwähnte Kundbriefchen machte den bewilligten Firmen ernste Vorhalte gegenüber ihrer Disziplinlosigkeit und veranlaßte von ihnen in kürzester Zeit eine klare Anschlußnahme darüber, ob sie in Zukunft dem Beschluß der Dramantisten zu folgen gedenten oder nicht. Außerdem wird darauf hin- gewiesen, daß bei einem nicht geringen Teil der auspererr- ten Firmen finanzielle Schwierigkeiten eingetreten sind und in solchen Fällen die Organisation bereit ist, helfend einzu- greifen.

Es scheint also im Unternehmerlager nicht alles ganz in Ordnung zu sein.

Arbeiterentlassungen im Ruhrbergbau

Gelsenkirchen, 7. Aug. Die Gelsenkirchener Bergwerks Ver- bände auf den Schachtanlagen der Zeche Zollern II stütz- 700 Bergarbeitern zum 16. August.

Berlin, 5. Aug. (Eig. Bericht.) Die Papierfabrikanten bedrohen diejenigen Zeitungen, die die Forderungen der Zeit- ungsarbeiter bewilligt haben, und die daher weiter erscheinen, mit der Einstellung der Papierlieferungen. Die Herausgeber aller sozialistischen Zeitungen belagerten beteten daher am Mittwoch über eine wirksame Abwehr.

London, 6. Aug. Der Streik der australischen Seelen ist beendet. Nachdem wochenlang der Schiffverkehr nahezu vollständig erubt hatte, ist jetzt in Melbourne ein Abkom- men zwischen Schiffen und Reedern getroffen worden, das die Wiederaufnahme der Arbeit in allen australischen Häfen ermöglicht.

New York, 6. Aug. Die Bergarbeiter in Atlantic City (Phil.) haben am Mittwoch einen Ausbruch gebildet, der sofort nach seiner Konstituierung den Streikbeginn für den 1. Sep- tember endgültig beschließen soll.

Schmollers Serientage 95 Pfg. 195 295 Schlußtage

Freitag den 7. August und Samstag den 8. August

Möbel liefert in solider Ausführung sehr preiswert

Möbelhaus M. Kahn

Waldstraße 22, neben Colosseum
Gegründet 1875

Franko Lieferung Jahrelange Garantie Teilzahlung gestattet.

Kaufen Sie beim Fachmann auf Teilzahlung

nach den Bestimmungen des Städt. Gaswerk

Gasherde, Wasserpumpe, Beleuchtungskörper (Gas- u. Elektr.)

Reichhaltiges Lager erstklassiger Fabrikate.

Wilh. Winterbauer, Installateurmeister

Zähringerstraße 57, Telefon 1266

Sport-Artikel

jeder Art preiswert und gut

Sport-Brannath

Karlsruhe
Dusbacher Tor

Nächste Ziehung Pforzheimer Geldlotterie

Veranstaltet vom Caritas-Verband Pforzheim

Ziehung garantiert am 15. August 1925.

Preis des Loses nur **50 Pfg.**

2342 Geldgewinne

M. 7500

ATA



Der ATA-Engel ist vergnügt. Weil seine Arbeit nur so fliegt. In heller Freude ruft er aus: ATA gehört in jedes Haus! ATA putzt und reinigt alles!

Durlach!

Sonntag, 9. August, ab 2 Uhr:

Großer historischer Festzug

Auf nach Durlach!

In 30 Minuten Ihr Passbild

mit im Photogr. Atelier

Kaiserstr. 50, Eing. Adlstr.

GEWINN-PLAN

1 Haupttreffer	M. 1000
1 Gewinn	M. 500
5 Gewinne zu M. 100	M. 500
25 " " M. 20	M. 500
10 " " M. 10	M. 100
100 " " M. 5	M. 500
2200 " " M. 2	M. 4400

2342 Gewinne M. 7500

Preis des Loses 50 Pfennig

13 Lose 6 Mk. incl. Liste u. Porto sind zu beziehen von dem

Restaurant „Zum Elefanten“

Empfehle meinen vorzüglichen

Mittag- und Abendisch

Reichhaltige Speisekarte

Prima Hausmacher Wurstwaren

ff. Moninger Bier — Reine Weine

Aug. Anli

Harmonium

3 Reg. Mk. 238.—
9 Reg. Mk. 297.—
18 Reg. Mk. 411.—

Frankfurter

Lang

Kaiserstr. 107, Tel. 1073

Salamander-Schuhhaus

Staatl. Lotterie-Einnehmer

Göttinger Pforzheim im Rathaus

Postfach 300

Gasthaus „Zum Kronprinzen“

Zitel 9 • Telefon 4723

Denke Schlichtheit mit den bekannten Kronprinz-Schlichtplatten / ff. Doppel-Pilser Reine Pfälzer Weine / Guten Mittag- und Abendisch / Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit / empfehle mein geräumiges Nebenzimmer für Gesellschaften u. Vereine

Eigene Schlichtung

Jeden Freitag: **Schlachttag**

„Vollfreund“ liegt auf.

Spezial-Kochkessel

Karl Pippner, Metzger und Wirt.

Pfannkuch

Garantiert reiner

Bienen-Honig

1 Pfund-Glas 1.35

einschl. Glas

Pfannkuch

BERUFS-KLEIDUNG

ALLER ART



Herren-Anzüge	blaue Arbeitsanzüge
Sport-Anzüge	graue Drillanzüge
Windjacke	Gipferanzüge
Gumm-Mäntel	Lehrermäntel
Freizeithosen	Lehrerhosen
Sonntags-Hosen	Lehrerhosen
Lehrer-Hosen	Lehrerhosen
engl. Leber-Hosen	Lehrerhosen
Zwischen-Hosen	Lehrerhosen
Sommerhosen	Lehrerhosen
Sommerhosen	Lehrerhosen

offiziert billig!

Weintraub, Kronenstr. 52.

Schlafzimmer-Bilder

preiswert. Bilder für alle Räume. Einrahmung

Wacutin Schläfers Kunsthandlung, Kaiserstr. 38.

Plakate

aller Art liefert rasch und billig

Geck & Cie., Lulsenstr. 24, Teleph. 128.

Sonder-Angebot

30.000 Aluminium-Schmoröfen

10 Mt. franco

pro 11 Stück lt. Abbildung (gegen Bortasse oder Nachnahme) und zwar:

5 Schmoröfen mit Deckel
1/4 1 2 3 4 Str. Inh. 10 ltr.

5 Schmoröfen mit Deckel
6 Schmoröfen mit Deckel

Außerdem liefere ich auf Wunsch mit Schmoröfen

pro Stück Mk. 2,30

50 Pf. mehr. Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums gebe ich circa 50.000 Töpfe als Regale ab.

Metall- u. Holzhandlung D. Plettenberg, Nr. 943

150 Arbeitmaschinen — 3000 qm Fabrikräume

Bedingung: Inverta belegen — Hauptkatalog wird jeder Sendung beigelegt — Referat höchster Staatsbeamter — Postfachkonto: Dortmund Nr. 19.806

Ämtliche Bekanntmachungen

Die Einteilung der Stadt Karlsruhe in Wahlbezirke ist teilweise geändert worden. Nicht geändert wurden die Grenzen des 1. Bezirks (Stadtwahlbezirk), des 2. Bezirks (Mittstadt-Wahlbezirk), des 3. Bezirks (Weststadt-Wahlbezirk), des 4. Bezirks (Südweststadt-Wahlbezirk), des 5. Bezirks (Südweststadt-Wahlbezirk), des 6. Bezirks (Weststadt-Wahlbezirk), des 7. Bezirks (Weststadt-Wahlbezirk), des 8. Bezirks (Weststadt-Wahlbezirk), des 9. Bezirks (Weststadt-Wahlbezirk), des 10. Bezirks (Weststadt-Wahlbezirk).

Gesangsverein „Badenia“ e. V.

Sonntag, den 9. Aug. d. R., nachm. 4 Uhr, findet auf dem Sportplatz d. Germania-Sportfreunde im Waldpark (Freiburgstr.) ein großes Volks- u. Kinderfest verbunden mit Gesangsvorträgen, Musik, Preis-schießen, Glücksrad, Kinderbelohnungen verschiedener Art und Lang-einlagen statt.

Um 1/2 Uhr gemeinsamer Schmaus der Kinder vom Rotar (Mlle Brauerel-Kammerer) nach dem Festplatz. Mit ein-tretender Dunkelheit Kompojnung.

Wir erziehen unsere Mitglieder mit ihren Kindern, sowie Freunde u. Gönner des Vereins um recht zahl-reiche Beteiligung.

— Eintritt frei. —
— Der Vorstand.

Grundstücks-Zwangsvollstreckung.

S. Z. 3/25: Im Verfahren d. Zwangsvollstreckung soll das unten beschriebene, in Karlsruhe, Eisenwei-straße gelegene, im Grundbuch von Karlsruhe, Band 578, fol. 18, zur Zeit der Eintragung des Verstei-gerungsvermerks auf den Namen des Urrechtsinhabers Franz Badelmann in Karlsruhe eingetragene Grundstück

an Donnerstag, den 1. Oktober 1925

vormittags 9 Uhr

durch das Notariat — in den Diensträumen: Kaiser-straße 184, 2. Stock, Zimmer Nr. 14 — versteigert werden.

Esg. Nr. 7; 3 ar 60 qm Hofreite, Eisenwei-straße, Schätzung mit Inventar 5200 RM, ohne Inventar 4500 RM.

Der Versteigerungsvermerk ist am 16. Mai 1925 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchsamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Ver-steigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht zu ersehen waren, sind hinsichtlich der Versteigerung un-gültig, bis zur Abgabe von Geboten auszuweisen, wenn der Gläubiger wider-spricht, glaubhaft zu machen. Andernfalls werden diese Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Ver-steigerungserlöses dem Ansprache des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Ver-fahrens herbeiführen. Andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des ver-steigerten Gegenstandes.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Ver-fahrens herbeiführen. Andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des ver-steigerten Gegenstandes.

Karlsruhe, den 4. August 1925.
Not. Notariat als Vollstreckungsgericht.

Chaiselongues

neu, gutgeb. v. 35.8 an

Schöler, Schützenstr. 25

Pfannkuch

Eingetroffen

1 weiterer

Waggon

Zitronen

schöne, gelbe

Früchte

Stück 8 Pfg.

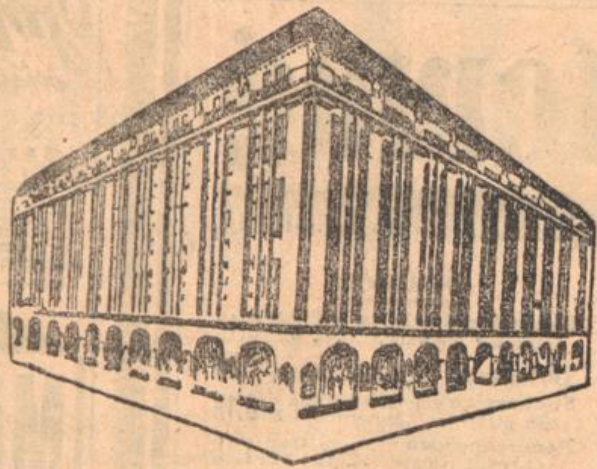
Stück 75 Pfg.

Pfannkuch

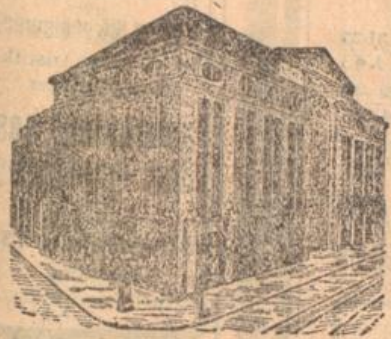
Herren-Hemden aus prima Zeile	5.00
schönen Streifenmustern	Mk.
Herren-Arbeitshemden prima	2.90
Oxford	Mk.
Herren-Sporthemden aus prima	3.70
Schillerkragen	Mk.

Damen- u. Kinderwäsche aus prima
Sten Preisen

M. Böckel Kurz- u. Weiß-
Leopoldstr. 23, gegenüber der Diskontobank.



Erste Häuser



Das große moderne Warenhaus
 Geschw. **KNOPF** Karlsruhe
 führt in 50 reichsortierten Spezial-Abteilungen
 sämtliche Bedarfsartikel in großer Auswahl
 zu bekannt billigen Preisen.



Kaufhaus
Schmoller & Co.
 Karlsruhe
 Billigste Bezugsquelle
 sämtlicher
 Bedarfsartikel.



CONFEKTIONSHAUS
HIRSCHEN
 Herrenbekleidung
 Herrenwäsche / Berufskleidung
 Kaiserstrasse 95 Ecke Kronenstrasse



Leipheimer & Mende

Gegr. 1834 Spezial-Geschäft Tel. 211 u. 214
 Herren- und Damenkleiderstoff, Seide, Baumwollwaren,
 Wäschestoffe, Weisswaren, Gardinen, Schlafdecken
 Grösste Auswahl Billigste Preise

Kaufhaus
BADENIA
 G. m. b. H.
 KARLSRUHE
 Kaiserstrasse 14 a
 Herren- u. Damen-
 Bekleidung
 auf
 Teilzahlung



Wein-Großhandlung und Branntweinbrennerei, Faßgroßhandlung
Gottlob Bauer Inhaber: Karl Seubert

Karlsruhe (Baden), Goethestraße 10
 Fernsprecher Nr. 2245 Telegramm-Adresse: Weinbauer
 Es empfiehlt sich bei Bedarf in sämtlichen Weinen (Badische Weine,
 Pfälzer- oder Rheinweine) Vorzugs-Angebote bei mir einzuholen.



GRITZNER = Nähmaschinen | Bestes
 Fahrräder | deutsches Erzeugnis!

Maschinenfabrik Gritzner A.-G., Durlach.

Gute Ware!

EXTRA-PREISE Freitag · Samstag · Montag

Damen-Putz Kleiner Hut aus Filzstoff mit aparter Garnitur und Agraffe . 5.75 Jugendliche Glocke aus Epinglé, schwarz und braun . 6.50 Flotter kleiner Hut aus Filzstreifen gesteppt . . . 7.25 Chicke Kappe aus Duveline reich bekränzt 8.75 Veloursüte moderne Formen und Farben 14.50 Moderner Filzhut die beliebte Herrenhutform, weiß und farbig . . 9.80	Damen-Wäsche Damen-Hemden Träger, Hohl- saum und Feston 1.20 Frauenhemd 1/2 Arm, extr. lang . 2.75 Damen-Beinkleid geschloss., Hobisaum, gute Qualität . . . 2.25 Damen-Hemd hose Träger, reiche Stickerei, gute Qualität . 3.80 Reform-Rock Träger, reich bestickt 4.25	Korsetten Hüftenformer, Cöper 1.75 Hüftenformer, Drell 2.75 Strampfhalter, Gürtel mit 2 Haltern 1.65 0.95 Bästehalter Cretonne 0.85 Trikot 0.80 Reformleichen für Damen u. Kinder 2.75 1.55 1.50 1.15	Spitzen Valenciennespitzen Mtr. 0.25 in großer Auswahl 0.18 0.12 Tüllspitzen Meter 1.10 0.95 0.60 Stickereien gute Ausführung sehr preiswert Meter 0.55 0.20 0.18 Hemdenpasser nur gute Qual. m. Stick. u. Klöppel St. 1.50 1.25 1.10 Klöppelspitzen und Einsätze sehr billig Meter 0.22 0.18 0.12	
Schürzen Damen-Schürzen Juniper Form 4.25 3.75 2.50 Band-Schürzen 2.50 1.75 Kinder-Schürzen 1.75 1.60 1.35 1.25 Knaben-Schürzen 1.25 0.95 0.75	Parfümerie Blumenseife St. 0.32 3 Stück 0.90 Lanolin-Blumenseife Karton 5 Stck. 0.95 Blumenseife St. 0.25 5 Stck. 1.10 Riesen-Blumenseife ca. 105 gr Stück 0.55 3 Stck. 1.55 Königlich Wasser . . Flasche 0.55 Birkenwasser ganze Fl. 1.85 halbe Fl. 0.95 la Kernseife ca. 200 gr Stck. 0.20 5 Stck. 0.95	Lederwaren Kupon-Koffer Hartplatte, Krokodill- pressung, 70 65 60 cm 7.95 7.25 6.90 Damen-Handtaschen Koffer- form, Vollleder, Krokodillpressung, 26 u. 24 cm. 5.50 4.90 Besuchsaschen Vollleder, Kro- kodillpressung, 24 cm. 3.90 Geldbeutel für Harigeld, div. Lederarten 1.50 0.90 0.65 0.40 Brieftaschen Vollleder, versch. Einteilungen 2.90 2.50 Lackgürtel in vielen Farben, 6 cm breit 0.80 2 cm breit 0.30	Schuhwaren Kinderhausschuhe 26-30 31-35 in verschied. Farben 1.25 1.45 Kinder-Stiefel 22-24 25-26 schwarz u. braun 3.90 4.50 Tuchhausschuhe 36-42 43-46 1.10 1.35 Damen-Halbschuhe hübsche Formen 8.50 6.75 4.90 Spangenschuhe schwarz und braun, mod. Ausführungen 12.50 9.50	
Kleinnmöbel Holzklappgarnitur 4 tlg. 42.00 hell lackiert 52.00 Holzklappgarnitur 4 tlg. rot lackiert 98.00	<h1>KNOPF</h1>			Kleinnmöbel Korbsessel Weiden Halbwulst 9.75 Peddigröbargarnitur 3 tlgig, Vollwulst 55.00 Liegestuhl hell lackiert mit Jautebezug 6.25

aus jeder Art 10 an

Wasserpfeife
 Wasserpfeife
 durch Schumanns Erfindung mit
 Obermeyer's Nibelungen
 3333-3333
 erleichte ich rauche Schling
 die Gesundheit in 20. per
 St. 1.-55, 80% verhält
 St. 1.- Sur Raucherhandl. in
 Berlin-Grunow bei den empfohlen.
 Zu haben in allen Apotheken,
 Drogerien und Parfümerien.

Möbel

kaufen Sie preiswert
 in solider Ausfüh-
 rung bei der

**Nebenstelle des
 Bad. Baubundes
 6. m. d. H.
 Schloßplatz 13,
 Eingang:
 Karl-Friedrichstr.**

Gammelmantel 15.00 an
 Regenmantel 9.75 an
 Regenschirm 4.00 an

**Daniels
 Konfektionshaus
 Wilhelmstr. 36, 1 Treppe**

„Der Zahnarzt“ * **Ausstellung für Schulzahn-
 pflege und soziale Hygiene**

Letzte Tage 7. und 8. August * Eintritt unentgeltlich

Täglich Führungen durch die Ausstellung unter fachmännischer Leitung

STADTGARTEN

Samstag, den 8. August, nachm. von 3^{1/2}-6 Uhr

Konzert der Vereinigung badischer Polizeimusiker

Wiener Operette im Städt. Konzerthaus.

Heute Freitag, den 7. August, abends 7^{1/4} Uhr

Das fröhliche Singspiel vom Rhein:

Die Frühlingsfee
 von Viktor Carrillus

Billetts von Mk. 1.50 b. 5.90 bei F. Müller, Kaiserstr.; Zigarren-
 Brunner, Kaiserallee; Holzschuh, Werderstr. 48 und an der
 Tageskasse. Morgen: Gräfin Mariza.

Für den Wäscheschrank!

Hemdentuch gebleicht, 80 cm br. per Meter 1.20, 0.90	0.56	Rohnessel 160 cm breit, f. Betttücher per Meter	2.20
Louisianatuch für ele- gante Damenwäsche per Mtr.	1.25	Bettuchbiber 150 cm br. weiß, schwere Cooperware per Meter	2.30
Wäschebattist extra prima Qualität	1.80	Kamelhaardecken	22.00
Bettdamast 130 cm br. prima schwere Ware per Meter 3.50, 2.50	2.20	Jacquarddecken per Stück. 60., 40., 28.	2.50
Hauttuch 150 cm breit, weiß, f. Bett- tücher, schwere kräft. Ware, p. Mtr. 3., 2.50	2.10	Frottiertücher extra groß, weiß, ab- gepaßt . . . per Stück	1.80
Halbleine 150 cm breit, weiß, für Bett- tücher, schwere kräft. Ware, p. Mtr. 3.50, 3.50	2.40	Handtücher abgepaßt . . per Stück	0.70

Große Auswahl in 4373

Bettbarchente / Matratzendrelle / Bettfedern

Lagerbesuch jedermann lohnend.

Arthur Baer Kaiserstraße
 Nr. 133
 Eingang Kreuzstraße
 Gegenüber der kleinen Kirche
 Verkaufsräume nur eine Treppe hoch.

Paßbilder
 für Reise und Fahr-
 karten sofort

Offert-Photos
 Billigste Preise.
 Photogr. Atelier

Rausch & Pester
 Erbprinzenstr. 3

Pfannkuch

Eingetroffen
 der erste
 Waggon
 Italiener

**August-
 Apfel**

38 Pf. 3/4
 5 1 80
 1 1/2 1/2

Feinste süße
Strauben

65 Pf. 1/2
 4 80
 4 1/2

Pfannkuch

Druckarbeiten aller Art liefert die Buch-
 druckerei „**Volksfreund**“,
 Luisenstraße 24.

Der Schweinehund

Malerscherze oder Eclairungen in der Tierwelt.

7.

Es gibt übrigens eine so große Menge von Arten dieses Interesses, daß die bloße Aufzählung der verschiedenen Kombinationen Seiten füllen würde.

Diese Arbeit ersparen wir uns. Wir stellen vielmehr nur fest, daß der Schweinehund bisher nur als Schimpfwort bekannt war. Wenn wir ihn heute den Lesern im Bilde vor Augen führen, dann geschieht das, um abschreckend zu wirken und den deutschen Sprachschah um ein Schimpfwort zu verringern.

Mit diesem Bilde wollen wir auch diese Anzeigenseite, die eine außergewöhnlich große Beachtung gefunden hat, abschließen und wieder etwas Neues bringen.

Diese Leser haben über die Malerscherze geschimpft, überaus zahlreiche Leser dagegen haben sich über sie herzlich gefreut. Seltener wurden unsere Anzeigenseiten von Allen. Seltener Präparate wurden fleißig gekauft, weil sie gut und überaus preiswert sind und infolgedessen trotz der Geldnot von allen Vogelzuchtgefreuten erworben werden können.

Die Rutikol-Präparate sind die am meisten getauften Fußpflege-Präparate, und wer sie nicht nur vom Hörensagen kennt, sondern Wert auf saubere und gesunde Füße legt und sie infolgedessen selbst anwendet, der bestätigt uns stets, daß wir in unserer Droga-
 ganda in bezug auf die Qualität unserer Präparate nur das versprechen, was diese auch wirklich halten.

Hühneraugen, Hornhaut, Schwielen

und Wagnen besitzigen Sie schnell, sicher, unblutig und schmerzlos mit dem ersten, von zahlreichen Ärzten empfohlenen und in vielen Millionen Fällen bewährten Rutikol-Hühneraugen-Pflaster. 1 Packung dieses unübertroffenen Präparates kostet nur 75 Pf.

Es verursacht keinen Druck und keine Schmerzen wie die veralteten Hühneraugen-
 binden und hebt auch nicht am Strumpfe fest.

Das Rutikol-Fußbad (Probepackung 30 Pf., Doppelpackung 50 Pf.) verhilft die gute Wirkung des Rutikol-Hühneraugen-Pflasters, reinigt die Füße gut, flicht Nerven-,
 Muskeln und Sehnen und befeuchtet, mit dem Rutikol-Strampfpuder (Dose 1 Mark)
 zusammen angewandt, Hernien, Wundlaufen und Schweißgeruch.

Der Schweiß zerfließt Strümpfe und Schuhe. Durch die regelmäßige Anwendung der
 beiden letztgenannten Präparate sparen Sie Schuhe und Strümpfe und somit viel Geld.
 Alle drei Rutikol-Präparate zusammen sind in der Rutikol-Rue-Packung vereinigt und
 kosten nur 2 Mark. Sie ersparen also beim Einkauf der Rue-Packung 25 Pf.

Unsere lehrreiche Druckschrift, die Ihnen wichtige Aufklärungen über die Notwendigkeit
 der Fußpflege gibt, senden wir Ihnen auf Verlangen kostenlos und portofrei zu.

Rutikol-Fabrik Kurt Kriss, Groß-Salze bei Mingeubura
 Fabrik: Rutikolstraße. Verwaltungsgebäude: Reibahnstraße.